Alhambra

Zeitung und Programm Januar 2004

1-1-1994 1-1-2004

10 Jahre Aufstand in Chiapas

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt:

Gesinnungsurteil (Magdeburg) 3
10 Jahre zapatistischer Aufstand 4
Operation Sozialabbau 7
Mucken statt Ducken 8
Warum wir Schule nicht mögen... 11
„Feindliche Übernahmen" 12
Free Mumia 18
Killing me softly... 20
Irak - eine Bilanz 22
Antipatriarchal gegen jeden Krieg 31
Rechtshilfe Comix 33
Nazimord in Heidenheim 34
Literaturseite.....oder so 35

Gesinnungsurteil gegen die drei Magdeburger im 129a-Verfahren

Soligruppe Magdeburg/Quedlinburg & Rote Hilfe
www.soligruppe.de

Wegen gemeinschaftlicher Brandstiftung in vier Fällen wurden am 16.12.03 Marco zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten und Daniel zu zwei Jahren Freiheitsstrafe (Jugendstrafrecht) verurteilt! Carsten wurde aufgrund der schlechten Indizienlage frei gesprochen und erhält Haftentschädigung!

Nach dem ohnehin schon mehr als absurden Prozeß, verkündete heute der Strafsenat seine ganz persönliche Meinung (und anders sind die Äußerungen Hennings nicht zu werten) zur Verübung von zwei geglückten und zwei versuchten Brandanschlägen durch die Angeklagten.
In seinen Vorabbemerkungen kam Richter Hennig nicht umhin zu sagen, daß der Senat sich nicht habe „unter Druck setzen lassen, weder von den Angeklagten noch dem Publikum". Denn „hätte es den Autonomen Zusammenschlusz (AZ) nicht gegeben, wären wir heute nicht hier". Der Senat (in persona Richter Hennig) selbst führte aus, daß es sich hier um Indizienbeweise gehandelt habe, die aber, lege man die Mosaiksteinchen zusammen, das Gesamtbild ergäben, daß sich aus dem AZ heraus, dem die drei Angeklagten angehören, eine terroristische Vereinigung gegründet habe. Aus den Papieren das AZ wäre für den Senat ersichtlich gewesen, daß es ich beim AZ um eine Gruppe handele, die Hinweise auf Gewaltbereitschaft zulasse. Daraus sei nicht zwingend zu schließen, daß diese die Keimzelle der Terrorgruppe sei, die Verbindung sei in der personellen Übereinstimmung zu sehen. Zur Auflösungserklärung sei festzustellen: „wer sich aufgelöst hat, muß sich notwendigerweise gegründet haben."
In der Art und Weise wie die Bekennerschreiben verfaßt waren (sz statt ß und Chrysler ohne h) und Schreiben, die bei Marco gefunden wurden, solle ein Beweis dafür sein, daß Marco der Autor der Bekennerschreiben war. So auch die Übereinstimmung der Schreibmaschinen.

Daniels Alibi wurde in „erhebliche" Zweifel gezogen. Außerdem sage die Tatsache, daß Daniel zur Tatzeit nicht vor Ort war, nicht aus, daß er nicht an der Vorbereitung der Anschläge beteiligt gewesen sei, der Fingerabdruck auf dem Karton unter dem BGS-Bus sei ein Beweis für die Einbindung in die Vorbreitung der Anschläge. Außerdem schloß sich der Senat vollends der BAW (Bundesanwaltschaft) an, als er meinte, daß die Telefonüberwachung eindeutig ergeben habe, daß Daniel sich habe absetzen wollen. Carsten schlußendlich „profitierte nun von der im Verfahren geänderten Beweislage und hatte vor seiner eigenen Verhaftung vorgesorgt". Es gäbe gegen ihn keinen konkreten Beweis, weshalb er heute noch mal „von der Schippe gesprungen" sei.

„Wehret den Anfängen?"

Während der ganzen Urteilsverkündung, und daß war der zusätzliche Hammer, konnte der Richter die ganze Zeit nicht umhin, mal so richtig loszuwerden, was er von der Linken hält, denn „wer Brände legt, will töten" und zitierte damit aus einem linken Flugblatt, welches im Zusammenhang mit Übergriffen von Nazis verfaßt wurde. Außerdem ist es noch gar nicht so lange her, daß „Bücher verbrannt wurden und Synagogen brannten". Vor dreißig Jahren brannten auch erst nur Kaufhäuser und „dann wurden Menschen getötet." So könne man von den Angeklagten zwar nicht behaupten, daß sie „Topterroristen" seien, aber man müsse den Anfängen wehren.
Entsprechend wutgeladen war die Stimmung im Zuschauerraum, denn ein derart arrogantes und herablassendes Verhalten sowohl gegenüber den Angeklagten als auch dem Publikum war schier nicht auszuhalten. Pauschal wurde dem Publikum unterstellt, daß, würden „hier heute drei Kahlgeschorene mit Springerstiefeln sitzen, und die drei Angeklagten als Nebenkläger auf der Anklagebank zugegen sein", wir uns über einen Freispruch genauso „aufregen" würden.
Die Anwaltschaft geht nach der heutigen Urteilsverkündung davon aus, daß die BAW in Revision gehen wird. Selbes wird auch die Verteidung der Verurteilten tun. Dies bedeutet, daß die Angeklagten bis zur Rechtskräftigkeit des Urteils auf freiem Fuß bleiben, aber eventuell auch mit neuen Repressionen gegen die Magdeburger Szene zu rechnen ist, da es weitere Beschuldigte gibt und die BAW sicherlich an einer Verurteilung nach § 129a festhalten wird.

Freiheit für alle politischen und sozialen Gefangenen!

10 Jahre zapatist

Das „¡Ya Basta!“

Nach 500 Jahren Unterdrückung und zehn Jahren verdeckter Organisierung erhoben sich die Indígenas in Chiapas am 1. Januar 1994 in einem bewaffneten Aufstand. Das „¡Ya Basta!“ – Es Reicht! der„Zapatistischen Armee zur Nationalen Befreiung“ (EZLN) ist bis heute nicht verhallt. Ein Rückblick und eine vorläufige Bilanz.

Die Gründe für den Aufstand

Auslösende Faktoren für den Aufstand im Südosten Mexikos waren die Reprivatisierung des Gemeindelandes und die Preiskrise von Produkten wie Kaffee und Mais. EZLN-Sprecher Subcomandante Marcos meinte zur erstaunlichen Bereitschaft ganzer Talschaften, sich der Guerilla anzuschliessen: „Es gab schlicht keine Alternative zum bewaffneten Kampf.“ Erst recht, als Mexiko dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA am 1. Januar 1994 beitrat. Den mexikanischen Kleinbauern und –bäuerinnen wurde damit auf lange Sicht die Chance auf eine würdige Existenz genommen. Die EZLN stellt eine Hoffnung auf ein Ende der Marginalisierung dar. Im Krieg gegen die Elite sollte eine grundlegende Veränderung der interethnischen Beziehungen zwischen der mestizischen[1] und der indigenen Bevölkerung Mexikos und ein Wechsel im ganzen politischen System erreicht werden.

Dabei scheint die anfänglich kleine Gruppe um Marcos einen Schritt getan zu haben, den andere Organisationen nicht machten: den Schritt von der marxistisch-leninistischen Ideologie und letztlich einem europäischen Politikverständnis hin zur „Indianisierung“. Das Eingehen auf die Bedürfnisse und die Realität der Gemeinden beschreibt Marcos so: „Die EZLN wurde in dem Moment geboren, als sie akzeptierte, sich mit der neuen Realität auseinanderzusetzen, auf die sie keine Antwort hatte und der sie sich unterzuordnen gezwungen sah, um in dieser Realität – im wahrsten Sinn des Wortes - zu überleben“. Marcos bezeichnet diese Anpassung der Guerillagruppe an die lokalen Gegebenheiten in den indigenen Dörfern als „die erste Niederlage der EZLN, die wichtigste, welche sie von diesem Zeitpunkt an prägte. (...) Als die EZLN sich mit den Gemeinden zu verflechten beginnt, wird aus ihr ein weiteres Element in ihrem Widerstand, wird von den Gemeinden angesteckt und ordnet sich ihnen unter. Die Gemeinden nehmen sich der EZLN an und nehmen sie unter ihre Fittiche.“ Aus einem isolierten Guerillagrüppchen, das sich als Selbstverteidigungskomitee der unter der Repression leidenden Gemeinden verstand, wuchs so in den Jahren 87-90 eine Bewegung heran, welche Tausende von Mitgliedern umfasste. Für Frauen bot sich zudem eine Fluchtmöglichkeit aus der Enge der patriarchalen indigenen Gemeinden: Der Frauenanteil in der Guerilla beträgt dreissig Prozent.

Trotz Widerstand der städtischen compas, welche die Perspektive eines Angriffs als selbstmörderisch einschätzten, wurde im Januar 93 die indigene Kommandantur der EZLN, das CCRI (Comité Clandestino Revolucionario Indígena), gebildet und übernahm auch formal das Kommando der Aufstandsarmee. Die Bewegung war nun in indigener Hand und erstmals schlossen sich verschiedene indigene Völker in Chiapas zu einer gemeinsamen, pluriethnischen Bewegung zusammen. Gleichzeitig jedoch distanzierten sich gerade die als traditionell geltenden Tzotziles[2] des Hochlandes von Chiapas von einer Indigenisierung[3] der Forderungen der Aufstandsbewegung: “Jene, die ihre Wurzeln am meisten behüten, David, Ana María und all die anderen sind am meisten abgeneigt, die EZLN bloss als eine indigene Bewegung zu sehen.“ In der Analyse der indigenen Kommandantur der EZLN könnten hingegen nur ein landesweiter Aufstand und landesweite Forderungen nach Demokratie, Freiheit

ischer Aufstand
geht um die Welt

und Gerechtigkeit erstens die mestizische Bevölkerung in ihren Kampf einbinden und zweitens eine Veränderung auf nationaler Ebene - den Sturz der korrupten Staatspartei PRI - herbeiführen. Oder wie Subcomandante Marcos die Wünsche des CCRI an ihn als Verfasser der Communiqués beschreibt: „Wenn du zu sehr auf dem Indigenen beharrst, wirst du uns isolieren; du musst es öffnen; wenn du auf das Indigene zurückgreifst, mach es universell, so dass alle gemeint sind."

Der Aufstand und der Krieg gegen das Vergessen

Gleichzeitig mit dem Beitritt Mexikos zur NAFTA trat die EZLN mit einer überraschenden Guerillaoffensive am 1. Januar 1994 erstmals an die Öffentlichkeit: Sie besetzt mehrere Bezirkshauptorte, darunter die Touristenstadt San Cristóbal de las Casas sowie Ocosingo, Altamirano und Las Margaritas. Subcomandante Marcos verlas in San Cristóbal die „Erste Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald": „Ya Basta! Heute sagen wir: es reicht!" In dieser Erklärung sind die 11 Forderungen der EZLN aufgeführt: „Arbeit, Land, Wohnung, Nahrung, Gesundheit, Bildung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden". Ein entschlossener Aufstand gegen das Vergessen, gegen die Unsichtbarkeit der marginalisierten indigenen Bevölkerung.

Meist ohne offene Kampfhandlungen wurden Waffenlager in Polizeistationen geräumt und Gefängnisse geöffnet. Die EZLN nahm am 3. Januar auch den früheren Gouverneur von Chiapas, General Absalón Castellanos Dominguez, auf seinem Herrensitz fest und machte ihm den Prozess als „einem der gewalttätigsten Gouverneure in der Geschichte von Chiapas." Sie liess ihn einige Wochen später wieder frei mit der Strafe, „bis ans Ende seiner Tage mit der Schande leben zu müssen, von denjenigen Vergebung und Güte erfahren zu haben, die er so lange Zeit erniedrigt, verschleppt, vertrieben, beraubt und ermordet hat"
In zwölf Tagen Gegenoffensive bombardierte die mexikanische Armee indigene Gemeinden mit Pilatus-Flugzeugen, hergestellt in Stans[4]. Es starben einige Hundert ZivilistInnen, Soldaten und Aufständische. Aussergerichtliche Hinrichtungen und Vertreibungen forderten ihre Opfer. Doch der Krieg gegen die schlecht bewaffneten Aufständischen führte in Mexiko Stadt und international zu einem Proteststurm. Am 12. Januar 94 demonstrierten hunderttausend Personen in Mexiko-Stadt gegen den Krieg in Chiapas. Präsident Salinas de Gortari sah sich gezwungen, aufgrund des Drucks der Bevölkerung einen einseitigen Waffenstillstand auszurufen. Die Zapatistas halten sich bis jetzt an diesen Waffenstillstand und entwickelten zahlreiche politische Initiativen, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen.
Das Zentrum und Symbol der jahrhundertelangen Ausbeutung, das Touristenstädtchen San Cristóbal de las Casas, war einen ganzen Tag lang in der Hand aufständicher Indigenas. Viele Gemeinden und Regionen waren am Aufstand selber nicht beteiligt gewesen, doch durch die indigenen Siedlungen ging ein Ruck und das zapatistische Feuer verbreitete sich in den Wochen und Monaten darauf schnell. In den Monaten darauf wurden viele Grossgrundbesitzer in ganz Chiapas enteignet und die lokale Oligarchie musste um ihre Pfründe zittern.

Die zapatistische Basis organisiert sich autonom

Schon bald zeigte sich, dass das lokale Machtgefüge nicht durch Wahlen auszuhebeln war, da sich die PRI weiterhin durch Wahlbetrug an der Macht hielt. Die Zapatistas forderten in Verhandlungen mit der Regierung eine weitgehende indigene Autonomie ein. Ein erster Kompromiss wurde in San Andrés zum Thema „Indigene Rechte und Kultur" erzielt. Doch dieses erste Abkommen blieb toter Buchstaben. Weil es nicht umgesetzt wurde, sistierte[5] die EZLN weitere Verhandlungen. Die EZLN übte mit zivilen politischen Initiativen Druck aus, es gründeten sich auf Anregung der Zapatistas der Dachverband der indigenen Organisationen (CNI) und die Unterstützungskomitees des Frente Zapatista[6]. Gleichzeitig sollten die autonomen lokalen Strukturen in ihren Dörfern Tatsachen schaffen und GegnerInnen wie AnhängerInnen zeigen, dass eine Alternative zur korrupten Regierung machbar ist. Die nach langen Perioden des Schweigens immer wieder mit grossen und fantasievollen Mobilisierungen überraschende EZLN wurde so zur Leitfigur einer Demokratisierungsbewegung, welche das mexikanische politische System in seinen Grundfesten erschütterte.
In den Dörfern im Konfliktgebiet vertiefte sich die Spaltung unter AnhängerInnen und GegnerInnen des EZLN zusehends. Die Devise der Zapatistas, gemeindeinterne Auseinandersetzungen im Dialog zu lösen und Provokationen aus dem Wege zu gehen, verhinderte jedoch nicht immer gewaltsame Konflikte. Oft wurden diese durch die Regierung geschürt oder eskalierten erst, wenn Armee und Polizei sich einmischten. Dieser „Krieg niederer Intensität" schafft bis heute in den Gemeinden ein Klima der Angst mit dem Ziel, die aufständischen Familien zu zermürben. Es kam auch immer wieder zu Austritten aus der zapatistischen Struktur. Doch es gelang der Regierung nicht, die Bewegung merklich zu schwächen. Das jüngste Beispiel für die ungebrochene zapatistische Präsenz ist die im August 2003 erfolgte, viel beachtete Ausrufung der „Räte der guten Regierung", mit denen die indigene Autonomie im zapatistischen Einflussbereich auf regionaler Ebene umgesetzt werden soll.
In der Praxis der indigenen Autonomie soll aus Fehlern gelernt und Widersprüche

nicht ausblendet werden. Die EZLN fasst dies in ihr poetisches Leitmotiv „preguntando caminamos" – „Fragend gehen wir voran", auf dem steinigen, aber selber erkundeten Weg aus der Marginalisierung und Abhängigkeit hinaus.

Heute: Das neoliberale Dogma wankt

Die durch die Zapatistas initiierten internationalen Mobilisierungen wurden zu einer wichtigen Wurzel der Bewegung gegen den Neoliberalismus, hierzulande besser bekannt unter den Namen Anti-WTO-, Anti-WEF- oder Anti-Globalisierungsbewegung. Die als „Woodstock der Linken" (Spiegel) verschrieenen Interkontinentalen Treffen 1996 und 1997 waren trotz ihrer inhaltlichen Unverbindlichkeit ein wichtiger Ausgangspunkt für eine Neuorientierung der Linken nach dem Berliner Mauerfall. Oder wie Subcomandante Marcos sagte: „Vielleicht hat der Zapatismus ihnen [also uns] geholfen sich zu erinnern, dass gekämpft werden muss, dass es sich lohnt zu kämpfen, oder vielmehr, dass es unabdingbar ist zu kämpfen, nicht mehr und nicht weniger".

Bleibt die Hoffnung, dass die Anti-Globalisierungsbewegung auf Chiapas zurückwirkt und gemeinsam interamerikanische Grossprojekte und Freihandelsabkommen wie das von der USA diktierte Free Trade Agreement of the Americas (FTAA) zu Fall gebracht werden können. Das Scheitern der WTO-Konferenz und das Zusammengehen anlässlich der Proteste gegen die WTO in Cancún - Bauern- und Indígena-Organisationen, Gewerkschaften und städtische Anti-Globalisierungsgruppen demonstrierten gemeinsam - war ein vielversprechender Auftakt.

Zitate aus: Yvon LeBot (Edit.): Subcomandante Marcos:: El sueño zapatista.

Ein Artikel für den „Correos de las Américas".

Anmerkungen:

1. Mestizen ist der Begriff für Menschen die sowohl europäische als auch indigene Vorfahren haben.

2. Die Tzotziles sind eine indigene Bevölkerungsgruppe.

3. "inigenas" ist das Wort das statt dem Begriff "indios" also Indianer benutzt wird. Indigenisierung bedeutet "Indianarisierung"

4. Pilatus ist ein Flugzeughersteller mit Hauptsitz im schweizerischen Stans.
5. sistieren: Ein Verfahren unterbrechen; vorläufig einstellen

6. frente Zapatista bedeutet wörtlich übersetzt "zapatistische Front"

Direkte Solidarität mit Chiapas

OPERATION SOZIALABBAU

Sozialabbau als Treibstoff für die Rüstung?

Die Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung steht für tiefe Einschnitte in das soziale Netz. Hierzu zählen der Wegfall der Arbeitslosenhilfe, die Streichung des Krankengeldes, die Verschlechterung des Kündigungsschutzes, die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes usw. Den Streichungen im Sozi-alsystem und der Massenarbeitslosigkeit stehen wachsende Ausgaben für den Verteidigungshaushalt und Auslandseinsätze der Bundeswehr gegenüber. Die Veranstaltungsreihe >Rüstung und Sozialabbau< thematisiert den Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen deutschen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der damit verbundenen neuen Hochrüstung und der um sich greifenden Sozialabbaupolitik. Übergreifend soll die Frage gestellt werden, ob die Steuergelder für überteuerte Waffensysteme nicht besser in Konversionsprogramme für sozial nützliche und ökologisch sinnvolle Arbeitsplätze zu verwenden wären.

Die neuen EU-Verträge über die militärische Zusammenarbeit besagen, dass alle Mitgliedsstaaten ihre Ausgaben für die Rüstung zu erhöhen haben. Angesichts einer neoliberalen Wirtschaftsstandortpolitik und den damit verbunden sinkenden Steuereinnahmen werden die Rüstungsausgaben zunehmend den Beschäftigten, den Arbeitslosen, den Sozialhilfeempfängerinnen, den Schülern und Studentinnen, den Alten und Kranken aufgebürdet. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Ausgaben für 60 neue Militärtransporter von offiziell 8,3 Mrd. Euro sind ähnlich hoch wie die geplanten Einsparungen bei den Renten. Die gegenwärtigen jährlichen Ausgaben für die Auslandseinsätze entsprechen ungefähr der Höhe dessen, was im Rahmen der Agenda 2010 über eine private Zusatzversicherung für Zahnersatz den Bürgerinnen auf gezwungen werden soll.

www.friedennordwest.de

Dienstag, 20.01.04

Tobias Pflüger:
Die Aufrüstung der Bundeswehr und die europäischen Einsatztruppen

Der Politikwissenschaftler Tobias Pflüger wird den Umbau der Bundeswehr in eine global einsetzbare Interventionsarmee darstellen. Darüber hinaus sollen die jüngsten EU-Verträge über die Linie der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vorgestellt werden. Diese neuen Verträge führen europaweit zu wachsenden Rüstungsausgaben. Nach Plänen der rot-grünen Bundesregierung soll die Bundeswehr nach dem Grundsatz „Klasse statt Masse" verkleinert und gleichzeitig hochgerüstet werden.

Montag, 23.02.04

Anne Rieger:
Sozialabbau für die Rüstung

Anne Rieger wird den aktuellen Stand des Ab- und Umbaus des sozialen Sicherungssystems vorstellen und dabei detailliert auf die Bundeshaushaltspolitik eingehen. Dabei wird Rieger die Frage aufwerfen, ob Teile der Sozialreformen und -kürzungen zu Umverteilungen im Bundeshaushalt zu Gunsten eines unverändert hohen Verteidigungshaushalts genutzt werden. An Beispielen wird Rieger zeigen, dass die Bundesregierung die Aufrüstung der Bundeswehr zu einer global einsetzbaren Interventionsarmee durch Kürzungen im Sozialbereich finanziert werden.

Mittwoch, 17.03.04

Alexander Daumsteiner:
Der DaimlerChrysler Konzern und die Globalisierung der Rüstungsindustrie

Daumsteiner wird Aufbau, Struktur und Unternehmensstrategie von DaimlerChrysler als Deutschlands bedeutendsten und politisch einflussreichsten Industriekonzern vorstellen. Als größter Aktionär der europäischen Rüstungsschmiede EADS nimmt DaimlerChrysler wesentlich Einfluss auf die Gestaltung der Rüstungsprogramme der Bundeswehr sowie weiterer EU-Staaten. DaimlerChrysler ist an etwa 150 laufenden deutschen Rüstungsvorhaben beteiligt und Hauptprofiteur der derzeitigen Aufrüstung der Bundeswehr.

Montag, 05.04.04

Winfried Wolf, Horst Schmitthenner und VertreterInnen der Parteien:
Sozialabbau für Rüstung und Kriege in aller Welt - Muss das sein?

Befürworterinnen wie Gegnerinnen der deutschen und europäischen Sicherheitspolitik sollen im Rahmen der Podiumsdiskussionen ihre Standpunkte darstellen und diskutieren. Dabei soll auch die Frage nach der Notwendigkeit einer deutschen Rüstungsindustrie und einer alternativen Sicherheitspolitik aufgeworfen werden.

Alle Veranstaltungen finden jeweils von 19:30 - 22:00 Uhr im Kulturzentrum PFL, Peterstr., Oldenburg statt.

Mucken statt Ducken

Aufstehen gegen die niedersächsische Bildungsreform!!

Im Sommer 2004 tritt die von der niedersächsischen CDU/FDP-Regierung in einer Welle wilden Aktionismusses nach dem miserablen Abschneiden deutscher SchülerInnen bei transnationalen Vergleichsstudien (der vielzitierte „PISA-Schock") beschlossene Bildungsreform in Kraft. Da diese fundamentalen Änderungen von der großen Mehrheit der SchülerInnen mit Desinteresse, Passivität oder bestenfalls verhaltener Empörung hingenommen werden, wollen wir im Folgenden aufzeigen, worum es sich bei der Reform im Einzelnen handelt, und wie sich selbige konkret im Alltag niedersächsischer SchülerInnen manifestieren werden.

I.) Die Kernidee der neoliberalen Bildungsreform:
Konkurrenz + Druck = Leistung

Die Maxime der Bildungsreform ist, den Druck auf SchülerInnen sowie die Konkurrenz zwischen Schülern, Lehrern und Schulen u.A. durch ein landesweit einheitliches und zentral ausgewertetes Abitur und ähnlich konzipierte Zentralprüfungen nach der zehnten (sogenanntes Mini-Abi) und – neu im öffentlichen Diskurs – auch nach der vierten Klasse zu erhöhen. Desweiteren – und logisch aus dem Zentralabi resultierend - soll eine die freie Wahl der Oberstufenfächer beschneidende Profiloberstufe eingeführt werden, d.h. es wird nur noch die Wahl zwischen zwei Mensch-„Profilen", also naturwissenschaftlich und sprachlich/geisteswissenschaftlich ermöglicht. Die Folge ist, dass nur noch der zentral vorgegebene (und wahrscheinlich streng nach den Interessen der deutschen Wirtschaft ausgerichtete) Lernstoff in verkürzter Zeit (Abi nach 12 statt 13 Jahren, schließlich muss der Bildungsstandort Deutschland international konkurrenzfähig bleiben*) in die Köpfe der Schüler gehämmert werden muss; für scheinbar sekundäre Fähigkeiten wie die zu einem sozialen und solidarischen Miteinander oder die eines kritischen, reflexiven Denkens bleibt keine Zeit mehr. SchülerInnen, die mit dem stetig wachsenden Druck nicht mehr fertig werden, vom Bild des standarisierten Idealschülers abweichen, oder sich auch einfach nur weigern steril und eintönig die vorgegebenen Fakten zu büffeln, wird versucht durch weitere, z.T. bereits etablierte Druckinstrumente (Kopfnoten) beizukommen - für eine individuelle Betreuung bleibt in diesem straffen Zeitplan selbstverständlich keine Zeit, schließlich muss der Stoff bis zum Zentralabi sitzen und - richtig – das deutsche Bildungswesen muss der internationalen Konkurrenz standhalten. Führt der ständige Druck und die ständige Demütigung sogenannter „leistungsschwacher" SchülerInnen durch die durch Noten erfolgende Einsortierung in „gut" und „schlecht" schließlich dazu, dass SchülerInnen vor lauter Stress und Angst der Schule komplett fernbleiben, sollen sie durch erhöhten Druck auf die Eltern (Strafe zahlen), Unterrichtsbeförderung per Polizeiauto (Behandlung wie ein/e Kriminelle/r) oder, so der Vorschlag des brandenburgischen Law&Order Populisten und CDU-Innenministers Jörg Schönbohm - durch eine elektronische Fußfessel (!!) dazu gezwungen werden, sich doch dem gnadenlosen Druck und der Konkurrenz der Schule preiszugeben (denn: Leistung zählt!). Dabei ist die von diversen PolitikerInnen konstatierte „Verrohung" der „deutschen Jugend" nur das logische Resultat einer Bildungspolitik, die primär darauf abzielt, SchülerInnen durch ständiges Einsortieren in gut und schlecht (wobei diese Einstufungen ja letztlich nur Indikatoren für die wirtschaftliche Verwertbarkeit des Schülers darstellen) zu mehr Leistung zu animieren; logisch,

dass es bei einem solchen Prozess auch zahllose verzweifelte VerliererInnen gibt, zumal die Gelder für Schulpsychologen oder Mittel zur sozialen Integration ständig rückläufig sind. Dazu passt es natürlich, dass bestehende Alternativen zum sozial selektierenden, dreigliedrigen Bildungswesen (z.B. Gesamtschulen) künftig nicht mehr als Regelschule gelten und – obwohl schon jetzt die Zahl der Anmeldungen an integrierte Gesamtschulen die tatsächliche Kapazität z.T. bei Weitem übersteigt, d.h. zahlreiche SchülerInnen abgewiesen werden müssen – nicht mehr neu zugelassen werden sollen. Eine Schule, die SchülerInnen mit unterschiedlichen Fähigkeiten frei von Notendruck zu integrieren versucht, scheint sich Deutschland in der internationalen Standortkonkurrenz (die Begründungen diverser wirtschaftsliberaler PolitikerInnen sind doch immer dieselben) nicht mehr leisten zu können. Letztendlich hat wohl die berühmte Standortkonkurrenz die SchulpolitikerInnen auch dazu bewogen, für die Wirtschaft weitesgehend unwichtige, musische Schulfächer (z.B. Kunst, Musik oder Philosophie) künftig mit geringerer Priorität zu behandeln. Überhaupt: dafür, dass diese ganzen Reformen unter dem Primat der PISA-Studie ausgearbeitet sind, ist es doch recht verwunderlich, dass sie nahezu ausnahmslos ein völlig anderes Schulsystem als das in erfolgreichen PISA-Staaten (wie z.B. Finnland), existierende anstreben. Dort haben alle SchülerInnen bis zur neunten Klasse gemeinsamen Unterricht, Noten gibt's erst ab der siebten. Stattdessen lautet die Lösung der Landesregierung: noch früher selektieren (durch Abschaffung der OS), noch mehr Druck und Inflexibilität (durch Zentralprüfungen).

* dass es sich hierbei einfach nur um einen plumpen Bildungsabbau handelt, wird hierdurch gekonnt retuschiert.

2.) „Der Staat ist pleite" – Bildungsabbau und soziale Selektion als Sachzwang?

Nur zu häufig wird als Grund für Bildungs- (gegenwärtig besonders an Hochschulen) aber auch Sozialabbau („AGENDA 2010", u.Ä.) neben Standortkonkurrenzgeschwafel angeführt, der deutsche Staat sei pleite. Mag sein, doch bei genauerem hinsehen wird deutlich, dass für bestimmte Zwecke, bzw. für die privaten Taschen bestimmter Leute doch noch mehr als genug vorhanden ist – im Folgenden nur eine kurze, unvollständige Liste:

- Der Verzicht auf die Vermögenssteuer und die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes belässt den Reichen zusammen jährlich schätzungsweise 22 Milliarden Euro mehr auf den Konten
- Der geplante Kauf von 60 Militärairbussen schlägt mit weiteren 8,3 Milliarden Euro zu Buche (dies entspricht in etwa den gesamten (!) deutschen Bildungsausgaben – also für Schule, Hochschule und Forschung - im Jahr 2003)
- Hinzu kommen bis 2015 weitere 16,7 Milliarden Euro für den Kauf von 180 „Eurofighter"-Kampfflugzeugen (die rund 40 mio Euro, die durch eklatante Einschnitte ins niedersächsische Hochschulnetz mehr in die Staatskasse fließen würden also nicht mal ein vierhunderstel dieses Wahnsinnsprojekts finanzieren – mensch erkennt die Prioritätensetzung)

Dies sind nur drei Beispiele, die jedoch bereits belegen, dass das durch bildungs- und sozialpolitische Kürzungen (exemplarisch die Streichung des Blindengeldes und die radikalen Kürzungen bei Universitäten) zusätzliche eingenommene Kapital durchaus „sinnvoll" wieder investiert wird: als Geschenk für die, die ohnehin genug haben oder für das Militär, das immer häufiger Schulen besucht, um SchülerInnen in der allgemeinen Perspektivlosigkeit nach der Schullaufbahn von den Vorteilen eines „sicheren und krisenfesten Arbeitsplatzes in der Bundeswehr" zu überzeugen.
Die Konsequenz spürt jedeR von uns Tag für Tag – in Form von überfüllten Klassen, völlig veralteten und im Verfall begriffenen Schulbüchern, schlecht ausgestatteten oder komplett fehlenden Computerräumen u.Ä.
Doch – auch die Lösung des Finanzproblems deutscher Schulen ist am Nahen... Schoolsponsoring heißt der neueste Import aus den USA, der es privatwirtschaftlichen Firmen ermöglicht, exklusive Sponsorverträge (Von Werbung auf und in Schulbüchern, Exklusivverträgen mit dem Schulkiosk, öffentlicher Werbung in Schulräumen (z.B. in Form von Plakaten) bis hin zur Errichtung von Privatschulen reicht die kreative Palette) mit einzelnen Schulen abzuschließen - gegen eine angemessene Bezahlung, versteht sich. Somit kann die Schule ihre ökonomischen Probleme einfach lösen und gewinnt gleichzeitig neue Punkte in der von den neoliberalen ReformerInnen des Bildungssystem propagierten „Konkurrenz der Bildungsstandorte". Von der Illusion einer von Privatwirschaft autonomen Bildung sollte sich jedeR von uns langsam verabschieden, denn das Schoolsponsoring, das in Amerika bereits flächendeckend praktiziert wird, droht durch transnationale, wirtschaftsliberale Protokolle wie dem GATS (General Agreement on Trade in Services / allgemeines Abkommen über Handel mit Dienstleistungen) , das die reelle Gefahr einer Zweiklassenbildung (öffentliche vs. private Bildungseinrichtungen) in sich birgt auch nach Europa rüberzuschwappen. Eine derartige Diskrepanz zwischen relativ schlecht ausgestatteten öffentlichen und überfinanzierten privaten Schulen ist heute z.B. schon in Großbritannien zu beobachten.

3.) Solidarität statt Konkurrenz – Alternativen zur reaktionär-wirtschaftsliberalen Bildungspolitik

Dass das gegenwärtige deutsche Bildungssystem im hohen Maße sozial selektierend ist, d.h. die Kinder aus sogenannten „sozial stärkeren" Familien deutlich bessere Bildungschancen haben bzw. deutlich stärker an Gymnasien und

mucken statt ducken

Hochschule präsent sind als diejenigen aus sozial schwächeren Familien attestiert sogar die vielzitierte PISA-Studie, die letztendlich auch den ideologischen Vorwand der bildungspolitischen Reformbestrebungen darstellt. Anstatt dieser Dynamik entgegenzuwirken, wird die Tendenz durch zahlreiche Neuerungen der Landes- und Bundesregierung noch forciert. Hier sind exemplarisch die Einführung von 500 Euro / Semester Studiengebühren (ärmeren Kinder wird ein Studium bis zur Unmöglichkeit erschwert), die Abschaffung der Lehrmittelfreiheit sowie die komplette Streichung der kostenlosen staatlichen Hausaufgabenhilfe (als geringfügigen Ausgleich privater Nachhilfe) zu nennen. Statt den sozial Schwächeren soll künftig eine „Elite deutscher Führungskräfte" gefördert und etabliert werden, im internationalen Wettbewerb werden qualifizierte FacharbeiterInnen benötigt. Nicht ohne Grund nennt das Bundesministerium für Bildung und Forschung auf ihrer Homepage nicht die Erziehung eines Menschen zu einem kritischen, solidarischen und politisch mündigen Bürger als Prämisse sondern: „Wichtiges Ziel der Forschungsförderung ist die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft unseres Landes und Schaffung konkurrenzfähiger Arbeitsplätze." So weit so schlecht - doch wie könnten nun konkrete Alternativen zum gegenwärtigen Bildungssystem und den eine Forcierung sämtlicher oben genannter Problematiken implizierenden Reformen aussehen? Als vorläufige konkrete Forderungen wären zu nennen:

- Gemeinsamer und notenfreier Unterricht mindestens bis zur achten Klasse (finnisches Modell)
- Förderung sozial- oder „leistungsschwacher" SchülerInnen statt einer ohnehin privilegierten Elite
- Mehr Partizipation an Schulen à Stärkung der Position der Schülerräte; basisdemokratische, selbstverwaltete Strukturen an Schulen schaffen
- Mehr Geld für Bildung statt für Bomben, Verzicht auf finanzielle Wahnsinnsprojekte wie den Eurofighter - Militär raus aus Schulen!

Langfristig sollte unser Ziel jedoch die Schaffung einer solidarischen und konkurrenzlosen, humanen statt wirtschaftsorientierten Bildung, als Bildung und nicht als Ausbildung und Erziehung für den wirtschaftlichen Verwertungskreislauf sein. Eine Bildung, die dann auch mit einer anderen, einer humaneren und emanzipierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einhergehen würde.

Soli-Konzert: Donnerstag, 19 Uhr Alhambra mit Quake, Skambulé, Presence of Mind und A.U.F

Demonstration: Freitag, 30.1.04 11.30 Uhr Schlossplatz

Infos: www.mucken-statt-ducken.tk

Warum wir Schule nicht mögen...

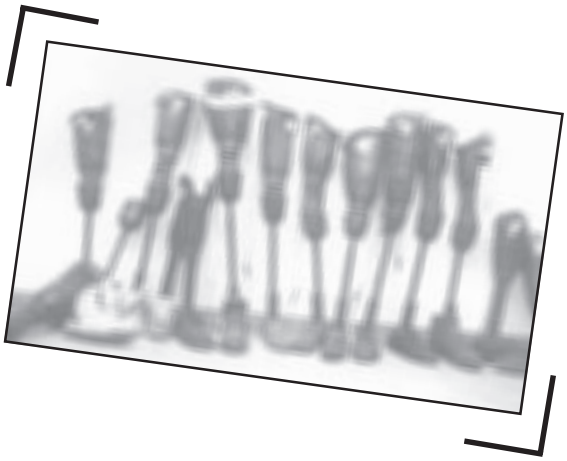
.Seit Mitte Dezember steht für uns fest, 10% der Unterrichtsstunden fallen zum nächsten Schuljahr einfach weg! Grundage für diese Kürzungen ist ein Erlass des niedersächsischen Kultusministeriums.
Eigentlich müsste uns dass doch freuen, welcheR SchülerIn freut sich denn nicht darüber wen er/sie weniger Schule hat?
Aber hier ist leider kein Grund zur Freude gegeben, denn: Die Folgen des Stundenwegfalls für die inetgrierten Gesasmtschulen sind verheerend, so trifft er vor allem Stunden aus dem Ganztagsberreich und die musisch-kulturellen Fächer, und damit Fächer die Konzept und Klima der Schulen sehr wichtig sind.
Vor allem aber bieten sowohl die ganztagsspezifischen Stunden (also Arbeits- und Übungsstunden, Arbeitsgemeinschaften, Mittagsfreizeiten und Klassenrat bzw. Verfügungsstunden) und das musisch-kulturelle Angebot die wenigen Nischen im Schulbetrieb, in denen SchülerInnen die Möglichkeit haben unabhängig von Verwertbarkeit oder Lehrplan Schule zu erleben und manchmal auch zu genießen.

Zu den Kürzungen kommt noch eine Erhöhung der SchülerInnenzahl pro Klasse, von 28 auf 30 in der Mittelstufe, und auf mindestens 19 pro Kurs in der Oberstufe.
Das wird die Lernsituation um einiges angespannter machen, als sie ohnehin schon ist. Zudem werden sowohl in der Mittel- als auch in der Oberstufe viele Kurse nicht mehr angeboten werden können. Was noch viel erschreckender ist, ist, dass dies häufig nicht aus SchülerInnenmangel sonder vielmehr aus Platzmangel geschehen wird, das Raumproblem an unserer Schule ist ohnehin größer denn je.
Durch die neuen Erlasse wird ein weiterer Schritt in eine Richtung getan, die vor langer Zeit eingeschlagen wurde. Schon unter der SPD-Regierung waren Schulen unterversorgt, wurden Mini-Abi und Kopfnoten eingeführt und immer wieder Stunden gekürzt.
Nach Pisa galt dann entgülltig „back to basics", Zentralabi und Abi nach 12 Jahren wurden zu disskusionsbestimmenden Schlagwörtern. Und unter der CDU/FDP-Regierung dann auch durchgesetzt.
Heute wird offen ausgesprochen was hinter der Schule steckt: Leistung, Verwertbarkeit, Ordnung und Disziplin.
Da fragt mensch sich warum die gestressten SchülerInnen dagegen sind, dass ihnen Stunden gestrichen werden...
Für uns geht es darum, dass wir mit der IGS das kleinere Übel gewählt haben. Diese bietet neben bedarfsorientiertem Unterichtsfächern eben noch den Raum für ein wenig selbstbestimmtes Lernen und soziale Förderung. Damit dies auch so bleibt setzten wir uns für den Erhalt unserer Stunden ein. Aber hier können unsere Forderungen nicht aufhören. Es kann nicht nur darum gehen sich nur gegen Kürzungen zur Wehr zu setzten. Was wir fordern geht weiter als die Forderung nach Versorgung mit Lehrkräften und Unterrichtsmaterialien.
Wir fordern ebenso die Abschaffung von Mini-Abi und Kopfnoten, und dass das Zentralabi nach 12 garnicht erst eingeführt wird.
Wir fordern Schulen die auf die Bedürfnisse ihrer SchülerInnen eingehen, statt auf die der Wirtschaft.
Wirklich notwendig sind selbstbestimmtes Lernen und eigenverantwortliches Handeln, nicht Leistungsdruck und Disziplin.

die Politik-AG der Helene Lange Schule

...und sie trotzdem verteidigen

"FEINDLICHE ÜBERNAHMEN"



ÖKONOMISCHE INTERESSEN *UND* »MILITÄRISCHES UNTERNEHMERTUM« *IM KONGO*

BJÖRN AUST

Vom Westen nur wenig beachtet, führen kongolesische Kriegsparteien und zahlreiche Anrainerstaaten in der Demokratischen Republik Kongo (DRK), dem vormaligen Zaire, seit 1998 Krieg. Die Kämpfe resultierten in der faktischen Zerstörung des Staates, ohne dass eine militärische Entscheidung, geschweige eine politische Lösung des Konflikts erreicht wurde. Dennoch markiert der Krieg keinen »irrationalen« oder von »ethnischen Feindschaften« getriebenen Zerstörungsprozess, wie dies in einigen Medien suggeriert wird: Statt dessen bestimmen Kriegsökonomien, die eng in den Weltmarkt eingebunden sind und deren Akteure die Bodenschätze des Landes ausbeuten, die rationale Dynamik des Konflikts. Einige wichtige Mechanismen dieser politischen Ökonomie des Krieges werden hier untersucht. Nach der Skizze des Krieges und einigen Erklärungsansätzen wird unter dem Stichwort des »military commercialism« (militärisches Unternehmertum) die Transformation der Interventionstruppen in quasi-privatwirtschaftliche Akteure sowie die politischen Funktionen externer Interventionen untersucht. Im Vordergrund stehen dabei die »kommerziellen« Praktiken der Streitkräfte Simbabwes, die während des Krieges mit der DRK alliiert waren.

afrikas »erster weltkrieg«

Aufgrund seiner komplexen Ursachen und Konfliktdimensionen sowie seiner destabilisierenden Wirkung für die gesamte Region Zentralafrika bezeichnen Experten den aktuellen Krieg oft als »Ersten Weltkrieg Afrikas« bzw. als »Great War«. »Offiziell« wurde er zwar im Dezember 2002 beendet, in dem sich die kongolesischen Konfliktparteien auf einen »Fahrplan« zur Entwaffnung der Kombattanten einigten und eine Übergangsregierung vereinbarten. Vorangegangen waren Abkommen über den Abzug der Interventionstruppen. Doch der Frieden besteht nur auf dem Papier. Er ist durch heftige, vorerst lokale Kämpfe im Nordosten des Landes bedroht, so dass Beobachter eine erneute landesweite Eskalation und auch eine erneute Intervention der externen Parteien befürchten.'' Schon die Ausmaße der humanitären Katastrophe berechtigen die Bezeichnung »Weltkrieg«, denn er ist durch Zerstörung und Plünderung, durch gezielte Vertreibungen und massive Ausschreitungen aller Kriegsparteien gegen die Zivilbevölkerung gekennzeichnet: Nach Schätzungen humanitärer Organisationen hat der Krieg seit 1998 zwischen 2,5 und 3,5 Millionen Menschenleben gefordert und machte ca. 2,7 Millionen Kongolesen zu Flüchtlingen im eigenen Land. Die meisten Menschen starben auf der Flucht, wurden Opfer von Übergriffen der bewaffneten Gruppierungen oder kriegsbedingter Hungersnöte und Seuchen. »Nur« ca. 350.000 der Toten verloren als Kombattanten in militärischen Gefechten ihr Leben. 2 Im »Ersten Weltkrieg Afrikas«, nach dem Krieg von 1996/97 bereits der zweite um die Macht in Kinshasa, kämpfen drei kongolesische Rebellenorganisationen gegen die Regierungstruppen der DRK: der von Ruanda unterstützte Rassemblement Congolais pour la Democratie (RCD) sowie der Mouvement pour la Liberation du Congo (MLC) und der RCD - Mouvement de Liberation (RCD-ML), die mit Uganda alliiert sind. Zudem versuchte die Regierung der DRK regionale Gewaltakteure für ihre Interessen zu mobilisieren, wie u.a. die MaV Mai-Milizen, die keine kohärente politische Agenda verfolgen und in interne Rivalitäten verstrickt sind. Auch Rebellen aus Bürgerkriegen der Nachbarstaaten, vor allem Einheiten und Milizen der früheren ruandischen Regierung, nutzen die Peripherie des Landes als Rückzugsgebiet und sind über taktische Bündnisse in die Machtkämpfe im Kongo involviert.

Entscheidend für den Kriegsverlauf war die offene Intervention regulärer Streitkräfte zahlreicher Anrainerstaaten: Ruanda löste mit dem Einmarsch der Rwanda Patriotic Army (RPA) im August 1998 sowie durch die Gründung und Unterstützung des RCD den Krieg aus. Mit offiziell 25.000 Soldaten im Kongo - die tatsächliche Zahl wird weit höher

geschätzt - besetzte die schlagkräftige RPA weite Teile des Ostens des Landes. Während Uganda auf der Seite Ruandas in den Krieg eingriff, sicherten die Interventionen von Angola, Simbabwe und Namibia das Überleben der Regierung in Kinshasa. Die Regierung Simbabwes, die zeitweise 14.000 Soldaten der Zimbabwe Defense Forces (ZDF) in der DRK stationiert hatte, übt bis heute großen Einfluss auf die kongolesische Regierung aus. Zwar waren im ersten Kriegsjahr die Fronten weitgehend festgefahren, doch ließen die Kriegsparteien wiederholt Friedensbemühungen durch externe Vermittler scheitern: Das bereits im Juli 1999 ausgehandelte Abkommen von Lusaka blieb lange politisch folgenlos, und wurde auch durch die Beobachtermission der Vereinten Nationen Mission Observatoire des Nations Unies au Congo (MOIMUC), die dessen Umsetzung überwachen sollte, nicht voran gebracht.

CHAOS ODER GESCHÄFT?

ökonomische interessen im kongo-krieg

Nachdem der »Große Krieg« über vier Jahre andauert, existiert die DRK faktisch nicht mehr als Staat. Ihr Territorium, das fast so groß wie Westeuropa ist, zerfiel in Staats- und Rebellenterritorien, Einflussgebiete externer Mächte sowie in Regionen unter Kontrolle lokaler Milizen. Doch die Kontrolle der Kriegsparteien über »ihre« Territorien ist wegen der Größe des Landes, der maroden Infrastruktur sowie aufgrund ihrer geringen politischen Legitimität äußerst prekär und regelmäßig Gegenstand (meist) lokaler Gefechte. Der Zerfall der staatlichen Strukturen allein bedeutet jedoch nicht, das »Chaos« herrscht: Wissenschaftler wie der Soziologe und Ethnologe Georg Elwert haben derartige Kriegsgesellschaften als »Gewaltmärkte«, und die nur scheinbare Regellosigkeit pointiert als »deregulierte, radikal freie Marktwirtschaft«^ bezeichnet: Dort beuten Kriegsparteien den Konflikt ökonomisch aus und bewaffnete Gewalt wird zugleich zum »Produktionsmittel« politischer und ökonomischer Macht wie auch zur »Ware«, die von Alliierten, Söldnern, lokalen Kriegsherren etc. gekauft werden kann. Selbst exzessive Gewalt - die Stärke demonstriert oder Gegner einschüchtert - findet auf dem Gewaltmarkt ihre rationale Begründung. Für den kongolesischen »Gewaltmarkt« spielen natürliche Rohstoffe eine entscheidende Rolle: Der Kongo ist reich an wertvollen seltenen Erzen, Metallen und Edelsteinen, aber auch an Tropenhölzern und anderen Agrarrohstoffen, die den Kriegswirtschaften ihre ökonomische Basis liefern. Die Rohstoff-Ausbeutung und ihr Export ermöglichen den Kriegseliten die unmittelbare Bereicherung, aber auch die Sicherung ihrer prekären politischen Machtansprüche: Diamanten aus den Kasai-Provinzen und Bandundu machen ca. 30% der (formellen) Gesamtexporte der kongolesischen Regierung aus und sind neben dem Bergbausektor die wichtigste Einkommensquelle. Namibia wurde von der Kabila-Regierung für die Intervention mit Diamantenkonzessionen abgefunden, und Angolas staatliche Ölfirma Sonangol erhielt 60% der Anteile eines angolanisch-kongolesischen Jointventures, das im Kongo-Delta Öl fördert. Unternehmen aus Simbabwe fördern im kongolesischen »Erzgürtel« verschiedene Metalle, Erze, Diamanten und exportieren Tropenhölzer (s.u.). Die Rebellengruppen MLC und RCD-ML sowie militärische Eliten Ugandas handeln vorwiegend mit Diamanten und mit Gold, das in der Provinz Orientale vorkommt. Ruanda und der RCD schürfen in den Kivu-Provinzen nach Erzen, v.a. nach der Erzlegierung Coltan. Neben einer wachsenden Zahl von Wissenschaftlern, Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Journalisten untersuchte auch eine Expertenkommission der UNO die Kriegsökonomie in der DRK und stellte im April 2001 fest: »Die Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe der DRK durch die externen Interventionsmächte ist systematisch und systemisch. (...) Aufgrund seiner lukrativen Ressourcen hat der Konflikt eine >win-win-Situation< für alle bewaffneten Gruppen geschaffen. Rivalen und Feinde sind zeitweise Geschäftspartner (...), Feinde beziehen Waffen über die gleichen Händler und kontaktieren die gleichen Mittelsmänner [für ihre ökonomischen Transaktionen]. Geschäftsinteressen haben Vorrang vor Sicherheitsinteressen bekommen. Der einzige Verlierer in diesem großen Geschäftsabenteuer ist die kongolesische Bevölkerung.«

Kriegswirtschaften sind keine lokal isolierten Phänomene, sondern eng in die Waren- und Kapitalströme der Weltwirtschaft integriert. Dies zeigen u.a. die globalen Netze internationaler Waffenhändler, die Kriegsparteien (oft) illegal beliefern. Ein wichtiger Vertreter der »Branche« ist Victor Bout, der ein weltweites Netz aus kriminellen und legalen Unternehmen spannte, und im Kongokrieg sowohl die Regierungen wie auch die Rebellen des MLC belieferte. Für die Rebellen des RCD und die Armee Ruandas organisierte er den Abtransport von Erzen aus den besetzten Territorien. Doch die Handelspartner gehören keineswegs nur zu internationalen Mafia-Kreisen, sondern Kriegsökonomien haben im Rohstoffexport Anbindung an die reguläre Weltwirtschaft gefunden: Kriegsparteien und ihre Kunden in der OECD-Welt profitieren von der Globalisierung und der neoliberalen Deregulierungspolitik internationaler Finanzinstitutionen und westlicher Staaten, die staatliche Kontrollmöglichkeiten über Waren- und Kapitalverkehr drastisch eingeschränkt haben: Im Kongo gingen transnationale Konzerne wie z.B. die US-amerikanische Konzerngruppe OM Group und die belgische Groupe George Forrest (GFF) ein jointventure mit dem Staatsunternehmen Gecamines im Minensektor ein. Neben Förderkonzessionen erhielten sie Zugriff auf Germanium-Vorräte im Wert von ca. zwei Milliarden US-Dollar. Gecamines wurde aus den lukrativen Geschäftsbereichen abgedrängt. In stärkerem Maß sind kleinere Unternehmen aktiv, die sich auf Sparten des Rohstoffabbaus, des Transports oder der Weiterverarbeitung spezialisiert haben, wie u.a. die deutsche Bayer-Tochter H.C. Starck. Sie zählt zu den wenigen Firmen weltweit, die aus der Erzlegierung Coltan, das vorwiegend in den ruandisch kontrollierten Kivu-Provinzen der DRK geschürft wird, das u.a. für die Kommunikationstechnologie wichtige Tantalum extrahieren kann. Starck, wie auch andere Firmen, profitier(t)en vom »Coltan-Rausch«, der Ende der 1990er Jahre v.a. mit den

Innovationsschüben in der Kommunikationstechnologie einsetzte. Die hohen Gewinnspannen machen das Geschäft lukrativ: das unter extremer Ausbeutung der Schürfer im Tagebau geborgene Rohmaterial kann für ca. 7-15 US-Dollar pro Kilo erworben werden, doch erzielt wurden zur Hochzeit des Coltan-Rauschs in verarbeiteter Form auf dem Weltmarkt bis zu 380 US-Dollar. U.a. aufgrund der Rezession in der OECD-Welt ist der Preis heute auf ca. 80 Dollar gefallen. Exakte Zahlen zu Handelsvolumen und Profitmargen der hier exemplarisch genannten Unternehmen liegen nicht vor.'

DIE POLITISCHE ÖKONOMIE DES KONGOKRIEGES

Die Liste ließe sich um Beispiele anderer Branchen, wie z.B. dem Diamantenhandel, ergänzen. Sie ist nur eine Momentaufnahme, die zeigt, dass verschiedene Akteure unter Kriegsbedingungen lukrative Geschäfte verwirklichen, dass der Krieg keinen »Absturz« in »irrationale« Gewalt in einer abgelegenen Region der Welt markiert, sondern rationale Akkumulationsprozesse von ökonomischem Gewinn (und politischer Macht) darstellt, die eng in die globalen Wirtschaftszusammenhänge eingebunden sind. Dies unterstreichen auch Befunde der Friedens-und Konfliktforschung. Ähnliche Beobachtungen wurden in Afrika v.a. in Angola, Liberia, Sierra Leone gemacht und lassen sich in einen konzeptionellen Rahmen stellen: Es zeichnen sich dabei drei Entwicklungen ab, die direkt mit der Globalisierung des neoliberalen, postfordistischen Kapitalismus und den politischen Umbrüchen nach Ende des Kalten Krieges zusammenhängen. So sindwertvolle Rohstoffe zum entscheidenden Faktor der Konfliktdynamik (nicht nur in Afrika] geworden, seit mit Ende des Ost-West-Konflikts die externen Zuflüsse von den Patronen der Machtblöcke an Waffen, Munition und Geld versiegten. Heutige Rebellenorganisationen und Staatsregierungen sind wesentlich stärker auf die Erträge einer lokalen Kriegswirtschaft und deren Einbindung in globale Wirtschaftszusammenhänge angewiesen, denn erst die (illegale) Ausbeutung örtlich verfügbarer Ressourcen ermöglicht den »Unterhalt« einer kampffähigen Truppe, den buchstäblichen Kauf von Loyalität und den Import von Kriegsgerät. Teilweise ist vom »Ressourcenfluch« die Rede, denn tatsächlich ist die Eskalationsgefahr soziopolitischer Konflikte in ressourcenreichen Regionen größer.

Kriegswirtschaften etablieren sich als politisch-ökonomische Ordnungssysteme: Wenn, wie in der DRK, ein Staat in Einflussgebiete bewaffneter Akteure »zerfällt«, entstehen an dessen Stelle Gesellschaftsordnungen, die sich auf informelle, personengebundene Beziehungen stützen. Sie basieren zwar auf der Ausbeutung örtlicher Ressourcen und Bevölkerungen, bieten den dort lebenden Menschen aber auch Schutz vor anderen Gewaltakteuren. Lokale »Warlords« gehen so etwas wie »informelle Verträge« mit der Bevölkerung ein und können eine gewisse Legitimität beanspruchen, wenn sie die ungeschriebenen Regeln und Erwartungen ihrer Klientel berücksichtigen. In letzter Konsequenz sind diese Sozialordnungen aber gewaltreguliert (»Gewaltmärkte«).

Kriegswirtschaften transformieren die Interessen ihrer Akteure, indem sie eine eigene Dynamik entwickeln: Wenn sich politische Herrschaft wesentlich darauf stützt, Loyalität und militärische Unterstützung buchstäblich einzukaufen, so wird die Verteidigung der ökonomischen Basis zur unmittelbaren Voraussetzung, überhaupt als politischer bzw. militärischer Akteur zu »überleben«. Mit zunehmender Dauer des Krieges setzt daher eine Spirale von Gewalt und Ausbeutung ein, durch die sich die Zielrichtung der kriegerischen Gewalt verändert: Nicht die flächendeckende Beherrschung eines Staates und seiner Institutionen, sondern die lokale Kontrolle wichtiger Ressourcenvorkommen und Handelswege wird zur militärischen und politischen Priorität. Auf der »taktischen Ebene« bietet dies für Kriegsgegner den Anreiz (oder auch die Notwendigkeit), in Wirtschafts-bzw. Handelskontakte zu treten. Für viele der Akteure der »Gewaltmärkte« ist die Aufrechterhaltung eines gewissen Gewaltniveaus notwendig, da sie ihre Macht nur den Profiten der Kriegswirtschaft sowie informellen Netzwerken verdanken, die sich jeglicher Kontrolle durch staatliche Institutionen entziehen. Für diese »Kriegsunternehmer« ist es ökonomisch lukrativer und politisch rationaler, einen Krieg trotz geringer militärischer Erfolgsaussichten fortzuführen, statt in politische Verhandlungen zu treten. Dies erklärt, warum die Kriegsparteien des Kongokrieges Verhandlungen abbrachen und auch bereits unterzeichnete Abkommen im Rahmen des Lusaka-Prozesses wiederholt hintertrieben.

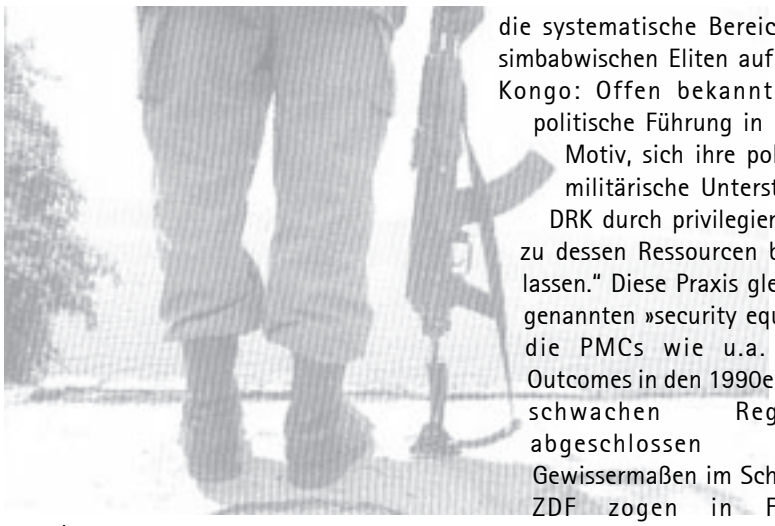
military commercialism: dle politische ökonomie der intervention

Doch trotz der Praktiken systematischer ökonomischer Ausbeutung und Plünderung sind Kriegsökonomien immer auch politische Ökonomien: Die politischen Funktionen der »Ökonomie der Intervention« werden nun mit Rückgriff auf einen bislang wenig beachteten Aspekt aktueller Kriegswirtschaften untersucht, der als »military commercialism« bzw. die »Kommerzialisierung externer militärischer Intervention« bezeichnet wird. Diese liegt vor, wenn unternehmerische Kalküle zur Schlüsselüberlegung bei der Entsendung nationaler Streitkräfte werden." »Military commercialism« beschreibt eine aktuelle Entwicklung in »schwachen Staaten« Afrikas: Nach gescheiterten Entwicklungsprojekten und wirtschaftlicher Stagnation sind deren Eliten mit schwindenden ökonomischen Ressourcen und wachsendem externen Druck durch neoliberale Auflagen in Kreditvergabe- und Entwicklungspolitik internationaler Geber konfrontiert. Vor diesem Hintergrund verengen sich die Handlungsspielräume der Eliten, die ihre Macht seit Jahrzehnten auf verschiedene Stile klientelistischer Politik stützten und jetzt die »klassischen« Formen der Patronage - Einbindung in staatliche Institutionen, Teilhabe an Staatseinkünften etc. - nicht länger bestreiten können. Diese Situation hat sich mit dem Wegfall des Ost-West-Konflikts und den damit verbundenen externen Militärhilfen erheblich verschärft: Ausrüstung und Personal können nicht mehr finanziert werden, so dass Plünderungen, Revolten und Kriminalität von Soldaten an der Tagesordnung sind. Für die schwach legitimierten Regierungen (auch in formalen Demokratien) bedeutet dies eine enorme Bedrohung, denn die Streitkräfte spielen in der Politik des Kontinents seit der Dekolonisation eine ambivalente Rolle. Viele afrikanische Militärapparate wurden als »Erbstücke« der ehemaligen Kolonialmächte übernommen und behielten auch unter den neuen Regierungen ihre Funktion bei, die in der Verteidigung der Interessen politischer Eliten sowie der Unterdrückung innerer Unruhen bestand. Zugleich waren die militärischen Eliten für Staatschefs und

Regierungen gefürchtete Konkurrenten um politische Macht - von 1963 bis 2002 kam es in weit über der Hälfte der Staaten Afrikas zu mindestens einem Putsch. Um Umstürze zu vermeiden, wurden militärische Eliten daher oft in lukrative und einflussreiche Positionen der Klientelnetzwerke eingebunden, insbesondere in Staaten deren Armeen und Regierungen aus ehemaligen Befreiungsbewegungen hervorgingen. Bezeichnend ist, dass trotz formaler Demokratisierung seit Mitte der 1990er Jahre die Zahl militärischer Umstürze wieder steigt, denn nur wenige Staaten können sich unter den Bedingungen von neoliberaler Globalisierung und Staatsschwäche ihre Militärapparate und deren politische Loyalität leisten. Ein Beispiel ist Angola, dessen Regierungselite der Armee während des Krieges gegen die UNITA in den 90er Jahren weitreichende Konzessionen in den umkämpften Diamantenregionen im Nordosten des Landes gewährte. Da in den meisten Staaten nicht (mehr) genügend interne Ressourcen vorhanden sind, nutzen Regierungseliten ihre Armeen als Instrument, um zusätzliche externe Ressourcen zu erschließen. Die Vermietung großer Streitkräftekontingente für Missionen der UNO ist noch die »friedlichste« Variante dieser Kommerzialisierung externer Intervention. Die Staatenorganisation alimentiert Militärapparate, die für die Entsenderegierungen sonst nicht zu bezahlen wären. Problematisch ist in dem Zusammenhang die seit Mitte der 1990er Jahre veränderte Interventionspraxis: Das strikte Interventionsverbot der Organisation for African Unity ist im (OAU) Zuge der Delegation von »Friedensmissionen« von der UNO an die OAU und Regionalorganisationen (v.a. Economic Community of West African States, ECOWAS, und South African Development Community, SADC) einem »neuen Interventionismus« afrikanischer Staaten in Krisen und Kriege der Region gewichen. Hatten afrikanische Staaten vor Ende des Ost-West-Konflikts auf offene Interventionen mit regulären Streitkräften verzichtet, so war Ende der 1990er Jahre fast ein Drittel der Staaten Afrikas mit regulären Truppen in benachbarten Kriegen und Krisen involviert. Als »Modellfall« dieses Trends gilt die Intervention der ECOWAS, ECOMOG, in die Kriege in Liberia (1990 - 1997) und Sierra Leone (1998 - 2000) unter Führung der Streitkräfte der Regionalmacht Nigeria, in denen es zur Beteiligung der ECOMOG an der dortigen Kriegswirtschaft kam. Hierfür spielen auch die Aussichten der Ressourcenkontrolle eine entscheidende Rolle: »Die Elite des militärisch stärkeren Staates kann den Zerfall eines benachbarten Staates als Fassade für eigene illegale Aktivitäten nutzen. Military commercialism bringt externe Res-sourcen unter die Kontrolle des patrimonalen Netzwerks des intervenierenden Staates und erlaubt somit deren Umverteilung, die das Regime [der Interventionsmacht] schützt.« Die veränderte Interventionspraxis ist nach Dietrich somit auch eine Erklärung für das zunehmende »Verschwinden« der PMCs wie Executive Outcomes oder Sandline International, die bis Mitte der 1990er Jahre mit (angemieteten) Truppen direkt in Kampfhandlungen eingriffen. Während es für Spezialdienste in Ausbildung, Aufklärung oder Logistik sowie Aufgaben im Objekt- und Personenschutz nach wie vor einen Markt gibt, haben afrikanische Staaten, die reguläre Streitkräfte »vermieten«, das Marktsegment der kämpfenden Söldner-Einheiten übernommen.

»military commercialism« im kongokrieg: gierige gegner und teure freunde

Der Kongokrieg ist bislang der deutlichste Beleg dieses Trends zum »military commercialism«. Der Ressourcenreichtum des Landes war allen Parteien bekannt, ebenso wie die politische Schwäche der Regierung und der desolate Zustand der Streitkräfte. Dies lieferte auch die offizielle Begründung für die Intervention Ruandas, das seine Grenzen durch die Interahamwe-Milizen - Hauptakteure des Völkermords von 1994 - bedroht sah, und der Kabila-Regierung (zu gewissem Anteil berechtigt), Untätigkeit gegenüber diesen Kräften vorwarf. Uganda trat ebenfalls aus »Sicherheitsgründen« auf der Seite Ruandas in den Krieg ein. Die mit Kinshasa alliierten Mächte Angola, Namibia und Simbabwe hingegen intervenierten mit einem Mandat der SADC zur »Wiederherstellung der nationalen Integrität« der DRK. Die Ressourcenausbeute war für die Parteien nicht der alleinige »wirkliche« Grund zur Intervention, doch zeigt der Konfliktverlauf, dass insbesondere für Ruanda, Uganda und Simbabwe schon früh die staatlichen Sicherheitsinteressen in den Hintergrund rückten und partikulare Bereicherungsinteressen der Kriegseliten und die Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaften zum »Motor« des Krieges wurden. Tatsächlich fanden die schwersten Kämpfe zwischen den konventionellen Kriegsparteien in rohstoffreichen Regionen statt. Das Zerbrechen der Allianz zwischen Ruanda und Uganda an konkurrierenden Ansprüchen zur Kontrolle des Diamantenhandels, die im Sommer 1 999 und 2000 in offene militärische Konfrontationen um die »Diamantenstadt« Kisangani eskalierten, aus denen Ruanda als Sieger hervor ging, zeigt dies klar auf. Im folgenden kann nur das Beispiel Simbabwes bzw. der ZDF vertieft werden. Bis heute ist Simbabwe der wichtigste politische Alliierte der Regierung in Kinshasa, dessen schnelles Eingreifen mit schweren Waffen und Einheiten der Luftwaffe in den Krieg (neben angolanischen Truppen) im August 1998 die drohende Niederlage gegen die vorrückende RPA abwendete. Offiziell beruft sich die Regierung Robert Mugabes auf eine Resolution der Regionalorganisation SADC zur »Verteidigung der Souveränität« des Kongos, die allerdings unter massivem Druck Mugabes gegen die Skepsis der übrigen Mitgliedstaaten verabschiedet wurde. Nur Angola und Namibia leisteten tatsächlich militärischen Beistand. Für die Intervention Simbabwes, das keine gemeinsame Grenze mit der DRK hat, spielten politisch-ökonomische Interessen schon frühzeitig eine wichtige Rolle: Zwar war innerhalb der Eliten Simbabwes nicht nur der Ressourcenreichtum des Kongo legendär, sondern auch die dortige politische Instabilität und der faktische Zerfall der Ökonomie. Allerdings hatte die Regierung in Harare in der Hoffnung auf künftige Geschäfte und politischen Einfluss bereits im ersten Kongokrieg



die systematische Bereicherung der simbabwischen Eliten auf Kosten des Kongo: Offen bekannte sich die politische Führung in Harare zum Motiv, sich ihre politische und militärische Unterstützung der DRK durch privilegierten Zugang zu dessen Ressourcen bezahlen zu lassen." Diese Praxis gleicht den so genannten »security equity swaps«, die PMCs wie u.a. Executive Outcomes in den 1990er Jahren mit schwachen Regie-rungen abgeschlossen haben. Gewissermaßen im Schlepptau der ZDF zogen in Folge des Beistandspakts zahlreiche Unterneh-men der ZANU-PF und der ZDI in den Kongo und sicherten sich profitable Anteile in joint-ventures mit kongolesischen Unternehmen oder Konzes-sionen im Bergbau- und Diamantensektor.

- M & S Syndicate und ZIDCO: Die Unternehmen gehören der ZANU-PF und sind im Bankensektor aktiv.
- ZDI: Die militäreigene Firma Zimabwe Defense Industries (ZDI) belieferte die kongolesischen Streitkräfte mit Ausrüstung, Munition und Waf-fen und ist mit 37,5% an den Gewinnen der Gecamines beteilig.
- Operation Sovereign Legitimacy (OSLEG), im Besitz der ZDF vermittelt Geschäfte zwischen Eliten Simbabwes und der DRK.
- COSLEG ist ein joint venture der OSLEG und der kongolesischen Exportfirma COMIEX, das v.a. im Diamantensektor, im.Bankenwesen und im Tropenholzgeschäft involviert ist.
- Oryx Natural Resources: Offiziell ein privates Unternehmen, dessen Hauptanteilsnehmer jedoch die ZDF sind. Oryx ist v.a. im Diamantensektor (Industriediamanten) aktiv.
- SOCEBO: Weniger bekannt, ist das Engage-ment der ZDF im Forstsektor. SOCEBO gehört zu 98% COSLEG, die übrigen Anteile gehen an kongolesische und simbabwische Eliten. SOCE-BOs Konzessionen für das Schlagen von Tropenhölzern umfassen ein Areal von fast 1,5-maliger Größe Großbritanniens. An einer SOCE-BO-Tochter ist auch die Western Hemisphäre Capital Management (WHCM) mehrheitlich beteiligt, die die Konzessionen erschließen soll. Die Anbindung der simbabwisch-kongolesischen Kriegsökonomie an die formellen Sektoren des Weltmarkts gestaltete sich einfach, weil sich die Intervention Simbabwes mit der SADC-Resolution auf eine diplomatische Grundlage stützen konnte. Auch legalisierten hohe kongolesische Beamte der für die lukrativen Geschäftsbereiche zuständigen Behörden im Minen- und Bergbausektor und die Firmenleitungen der kongolesischen Staatsbetriebe wie z.B. der Gecamines, den buchstäblichen Ausverkauf der natürlichen Reichtümer des Kongo mit ihren Unterschriften. Davon profitierten auch zahlreiche internationale Konzerne und Unternehmen als Anteilsnehmer, Investoren, Subunternehmer und Rohstoffimporteure von der Kriegswirtschaft: U.a. ist die britische Firma Tremalt zu nennen, an der auch die ZDF beteiligt ist. Tremalt erhielt von der DRK-Regierung Schürfkonzessionen für Diamanten im Wert von einer Mrd. US-Dollar zum verbilligten Preis von 400.000 US. Tremalt weist somit auf ein organisiertes System von Korruption, Täuschung, Einschüchterung und teilweise gezielter Gewaltanwendung gegen Beamte zuständiger Behörden, Ange-stellte von Staatsunternehmen und Justiz durch kongolesisch-simbabwischer »Elitennetzwerke« aus Militärs, Unternehmern und hochrangigen Politikern hin, an dem auch Privatunternehmen (zunächst) gut verdienten: Nach Recherchen der UNQ-Expertenkommission wurde »öffentliches Eigentum aus den Staatsunternehmen des Minen- und Bergbausektors im Wert von mindestens fünf Milliarden US-Dollar in den Besitz von Privatunternehmen unter ihrer Kontrolle überführt, ohne dass der Staatshaushalt der DRK dafür irgend eine Kompensation erhalten hat.«

Dass Akteure der Elitennetzwerke aktiv zu Kriegsverlängerung und politischer Instabilität beitrugen, zeigt das Beispiel des Marschalls der simbabwischen Luftwaffe, Perence Shiri, und des Direktors des kongolesischen Geheimdienstes, Didier Kazadi Nyembwe, die zentrale Figuren der »Privatisierung« kongolesischer Ressourcen waren und zudem die Bewaffnung und Unterstützung der Mai Mai-Milizen und der ALiR/FDLR organisierten, die im Osten des Landes gegen den RCD und die RPA kämpfen. Dass den Personenkreisen bewusst war, dass Frieden und politische Reformen ihre Machtpositionen und individuellen Bereicherungsquellen bedrohen, legen aktuelle Beobachtungen nahe: Erst Monate nach dem Abkommen mit Ruanda in Pretoria (Juli 2002), in dem sich die DRK zur Entwaffnung von Mai Mai-Milizen und ALir/FDLR verpflichtete, wurden Ende Oktober entsprechende Maßnahmen ergriffen. Vorangegangen war die Entlassung der im UNO-Kom-

1996/97 in den damaligen Rebellenführer Laurent Kabila »investiert«: Neben ca. fünf Millionen US-Dollar finanzieller Unterstützung wurden über die Firma der zimb-abwischen Streitkräfte Zimbabwe Defense Indu-stries (ZDI) Lieferungen mit militärischer Ausrüstung, Waffen und Munition im Wert von ca. 53 Millionen US-Dollar auf Kreditbasis abgewickelt. Im Fall eines erneuten Regimewechsels im Kongo, so wurde in Harare befürchtet, wäre es nicht zu einer Rückzahlung der Schulden gekommen.

Die politisch-ökonomischen Motive traten mit fortschreitender Dauer des Krieges immer deutlicher hervor: Simbabwe stationierte zwischenzeitlich 14.000 Soldaten der ZDF in der ressourcenreichen Provinz Katanga mit ihren Diamanten-, Germanium-, Kupfer-, Kobalt- und Zinn-Vorkommen aber auch in den Provinzen Kasai Oriental (hier liegt die »Diamantenstadt« Mbuyi-Maji) und Kasai Occidental sowie Bandundu. Die Truppenpräsenz der ZDF in Katanga verhinderte einerseits einen Vormarsch der RPA in die Regionen, die den ökonomischen Lebensnerv des Kongo darstellten. Zudem sicherte sie auch dem Regime Mugabes das politische Überleben: Das autoritäre Regime stützte sich auf ein Klientelsystem, das die Ansprüche zwischen den politischen Eliten aus der ZANU-PF und den Streitkräften ausbalancieren musste. Misswirtschaft und Korruption sowie zunehmende Ressourcenknappheit (Simbabwes Metall verarbei-tender Industrie gingen buchstäblich die Vorräte aus) und die wachsende Konkurrenz Südafrikas auf den regionalen Märkten hatten Simbabwes Ökonomie deutlich geschwächt. In dieser Situation erwies sich die Intervention als kurzfristig Erfolg versprechende Strategie, denn ein Beistandspakt, den die Regierungen Simbabwes und der DRK am 4.9.1998 abschlossen, ebnete den Weg für

missionsbericht genannten Personen durch Präsident Joseph Kabila.

fazit und ausblick

Die lukrativen Rohstoff-Vorkommen des Kongo haben maßgeblich zur Entstehung von Kriegswirtschaftssystemen beigetragen, die die Dynamik des Krieges aus Ausbeutung und Gewalt prägten. Das Erklärungsmodell des military commercialism zeigte am Beispiel Simbabwes auf, dass sich mit der Intervention in den Kongo und der Ausbeutung seiner Bodenschätze Klientelbeziehungen gewissermaßen »fremdfinanzieren« und Elitenkonflikte »exportieren« lassen. Allerdings ist die kurzfristige Strategie der Herrschaftssicherung auch für Simbabwe verheerend: Die Profite aus der Rohstoff-Ausbeute sind nach dem Raubbau leicht zugänglicher Vorkommen rückläufig, denn um die potenziellen Reichtümer des Kongo bergen zu können, sind erhebliche Investitionen in die Infrastruktur nötig, die von den quasi-staatlichen Unternehmen im Umfeld von ZANU-PF und ZDF nicht aufgebracht werden können. Im Bergbau- und Minensektor gehen die geschätzten Kosten in die Milliarden. Sogar die Konzessionen der SOCEBO im Forstsektor (s.o.) haben sich als Verlustgeschäft erwiesen, da die nötigen Investitionen von ca. 160 Mio. US-Dollar nicht vorfinanziert werden können. Nach dem ersten »Goldrausch« ziehen sich westliche Firmen zunehmend aus dem Geschäft zurück, da ihnen das Risiko langfristiger Investitionen unter den Bedingungen der Instabilität und Korruption zu hoch erscheint. Auch ist Simbabwe (nicht nur) wegen der Kongo-Intervention zunehmend internationaler Kritik ausgesetzt: Weltbank, IWF, EU und Commonwealth haben Hilfeleistungen, Kredite und Umschuldungsprogramme eingefroren. Während die Gewinne aus der Ausplünderung des Kongo auf die Konten einflussreicher Elitenfunktionäre fließen, belasten die monatlichen Kosten der Militärpräsenz von 27 Millionen US-Dollar, die Mehrausgaben im Verteidigungsetat und die hohen militärischen Verluste der ZDF nach Konfrontationen mit der RPA die ohnehin leeren Staatskassen. Die militärischen Niederlagen gegen ruandische Truppen haben auch im Militär zu Widerstand gegen die Intervention - und gegen die Regierungseliten um Mugabe geführt. Die Strategie des »military commercialism« hat somit dem Mugabe-Regime kurzfristig die Loyalität entscheidender Eliten in ZANU-PF und Militär gesichert, so dass Mugabe seit dem Einmarsch in die DRK trotz wachsender internationaler Kritik drei Wahlen »gewinnen« konnte - allerdings nur durch gezielte und massive Repressionen gegen die Opposition, an denen Einheiten des Militärs maßgeblich beteiligt waren, und durch die Manipulation der Ergebnisse. Mittelfristig hat sich die Strategie allerdings nicht ausgezahlt und sogar die weiteren Möglichkeiten klientelistischer Herrschaftssicherung durch die extreme Belastung der Ressourcen des Staates untergraben - und den Handlungsdruck der Eliten sowie möglicherweise die Bereitschaft für noch riskantere »Abenteuer« erhöht.

Dies kann sich nach Meinung von Beobachtern erneut auf die Situation im Kongo auswirken, wo trotz der »formalen« Friedenssituation kein Ende der Gewalt und der ökonomischen Ausbeutung abzusehen ist. Die Kriegseliten aller Interventionsparteien hatten bereits vor dem Abzug ihrer Streitkräfte verschiedene Anpassungsstrategien verfolgt, um den zukünftigen Ressourcenzufluss aus der DRK aufrecht zu erhalten. »Die Soldaten gehen, die Plünderer bleiben« - so brachten Journalisten des Africa Confidential im vergangenen Oktober die Lage auf den Punkt.[4°] Gegenwärtig versuchen jedoch lokale »Warlords«, die Macht- und Besitzverhältnisse gewaltsam zu ihren Gunsten zu verändern - vorerst nur im Osten des Landes. Mit Blick auf die hier nur am Beispiel Simbabwes aufgezeigten zunehmenden Probleme der Interventionsmächte, die Begehrlichkeiten sowie die im Krieg hinzu gewonnenen Pfründe mächtiger Eliten mit eigenen Ressourcen zu finanzieren, könnte anhaltende die Instabilität im Kongo schon bald den Anlass dazu geben, dass auch die Soldaten wieder kommen.

Anmerkung der redax:
dieser text, so wie der text „die katze und die ratte" in der letzten ausgabe kommt aus der sehr zu empfehlenden „alaska-materialien -world war". außerdem mussten wir die quellen und anmerkungen aus platzgründen streichen. wer interesse daran hat, kann die ausgaben im Infoladen einsehehen.

Vor 30 Jahren haben wir Angela Davis befreit, heute fordern wir:

»Wenn die Kampagne für die Befreiung von Angela Davis einen Sinn haben sollte, mußte sie an einem exemplarischen Fall die Funktion des amerikanischen Imperialismus aufzeigen - nach innen wie nach außen.« (Das Angela Davis Solidaritätskofrfitee Frankfurt/Main im Juni 1972)

Wir, die Unterzeichnenden, haben uns 1970-72 in der internationalen Kampagne erfolgreich für die Freiheit von Angela Davis eingesetzt und knüpfen heute daran an, indem wir uns für Mumia Abu-Jamal einsetzen..

Angela Davis war - und ist es bis heute- eine Repräsentantin des schwarzen Amerika, der Bürgerrechtsbewegung und der Antikriegsbewegung. Ihr war 1970 die indirekte Beteiligung an einem tödlich endenden Befreiungsversuch von afroamerikanischen Gefangenen aus einem kalifornischen Gerichtssaal vorgeworfen worden. Angela Davis, damals junge Hochschulprofessorin, Mitglied der Kommunistischen Partei der USA und als Frauen- und Bürgerrechtlerin bereits im Fadenkreuz des FBI, wurde auf die Fahndungsliste der »Zehn Meistgesuchten« gesetzt und im ganzen Land gejagt. Nach ihrer Verhaftung befand sie sich 16 Monate in Untersuchungshaft und wurde von Politik, Justiz und Medien als »gefährliche Mörderin« vorverurteilt.

Die Verhaftung und die von rassistischen und politischen Beweggründen getragene drohende Verurteilung von Angela Davis ereigneten sich in einer Zeit, die von großen gesellschaftlichen Umbrüchen getragen war. Der Sturz demokratisch gewählter Regierungen und die Errichtung diktatorischer Regime in Lateinamerika, der Krieg in Indochina, der Völkermord in Vietnam sowie die Weltkriegsgefahr durch das Wettrüsten an der Ost-West-Demarkationslinie trugen ebenso zum Entstehen einer außerparlamentarischen Opposition bei, wie der Kampf um gesellschaftliche Veränderung in der Bundesrepublik Deutschland selbst.

Wir begriffen den Kampf der Bürgerrechtsbewegung und Antikriegsopposition in den USA in diesem Zusammenhang. Daraus resultierte unsere selbstverständliche Solidarität mit Angela Davis. Die viele Millionen zählende und alle Erdteile erfassende Solidaritätsbewegung hat schließlich erreicht, daß sie am 4. Juni 1972 von der Jury des Schwurgerichts freigesprochen wurde.

Die Welt hat sich in den vergangenen dreißig Jahren verändert. Was sich nicht verändert hat, ist die grundsätzliche Gefahr, daß die Menschheit sich ihre Lebensgrundlage durch eine fast nur noch am Profit orientierte Wirtschafts- und Umweltpolitik und kriegerische Auseinandersetzungen um Ressourcen und Machteinflüsse selbst entzieht. Diese Gefahr ist unter der aktuellen Regierung der USA gestiegen, wie die Tod und Verwüstung bringende und auf Lügen basierende militärische Eroberung des Irak und die dadurch erfolgte Destabilisierung der Region zeigen.

Auch nicht geändert hat sich der Umstand, daß das System danach trachtet, sich seiner politischen Gegner durch Gefängnis und Todesstrafe zu entledigen. Zehn Jahre nach Angela Davis' Freispruch wurde in Philadelphia Mumia Abu-Jamal zum Tode verurteilt. Mumia, preisgekrönter Radiojournalist und ehemaliges Mitglied der Black Panther Party, war wie Angela Davis ebenfalls durch sein politisches Engagement gegen Rassismus und Polizeibrutalität in das Fadenkreuz der Repressionsorgane geraten. Als er 1981 zufällig in eine Schießerei geriet und dabei fast tödlich verletzt wurde, war das eine gute Gelegenheit für seine Gegner, ihn endgültig zum Schweigen zu bringen, indem sie ihm einen Polizistenmord anhängten. Der Prozeß, der mit dem Todesurteil endete, war gekennzeichnet durch Rassismus, gefälschte Beweise und erzwungene falsche
Zeugenaussagen. Bis heute haben sich die US-Gerichte geweigert, die eindeutigen Beweise für seine Unschuld zu beachten und ihm ein neues faires Verfahren zuzugestehen.

Ähnlich wie bei Angela Davis ist eine weltweite Bewegung für sein Leben und seine Freiheit entstanden. Und ähnlich wie damals stellen viele Menschen, die sich rund um den Globus für Mumia Abu-Jamal einsetzen, ihren Kampf gegen seine Hinrichtung in den Zusammenhang des internationalen Kampfes gegen Krieg, Todesstrafe, Rassismus und globale kapitalistische Unterdrückung. Schon zweimal gelang es der Bewegung, daß ein drohender Hinrichtungsbefehl nicht vollstreckt wurde. Aber Mumia sitzt immer noch in der Todeszelle und schwebt in höchster Lebensgefahr.

Ohne unseren Druck wird ihm auch kein Gericht Gerechtigkeit widerfahren lassen. Denn wie sein Anwalt Robert R. Bryan sagt: »Wir können nicht siegen, wenn wir nicht auch die Gerichte anrufen, diese US-Gerichte, die äußerst rassistisch sind und absolut voreingenommen. Wir müssen aber realistisch sein und uns klar machen, daß die Arbeit der Anwälte zwar von großer Bedeutung ist, aber es muß eine enge Beziehung geben zwischen den juristischen Schritten und dem Handeln der Solidaritätsbewegung. Ich kann als Anwalt nicht ohne eure Unterstützung gewinnen.«

Deshalb rufen wir jetzt, da der Kampf um Mumia Abu-Jamals Leben und Freiheit in die letzte Runde vor den Bundesgerichten geht, alle dazu auf, ihren Einsatz zu intensivieren.

Angela Davis hat den Kampf gegen die Todesstrafe und für Leben und Freiheit von Mumia Abu-Jamal zur Priorität in ihrer politischen Arbeit gemacht und ist zur anerkannten Sprecherin dieser Kampagne geworden.

Am 4. Oktober 2003 sagte sie auf der Veranstaltung anläßlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Paris an Mumia Abu-Jamal, auf der sie für Mumia die Urkunde entgegennahm: »Das ist mein bescheidener Beitrag zur Solidaritätsbewegung. Für mich hat das Priorität in meinem Leben. Wenn die Leute vor dreißig Jahren es nicht auch zu ihrer Priorität gemacht hätten, sich für mich einzusetzen, dann wäre ich heute noch immer im Gefängnis.«

In diesem Sinne fordern wir mit ihr:

Ein neues, faires Verfahren für Mumia Abu-Jamal!

Freiheit für Mumia Abu-Jamal und alle politischen Gefangenen!

Abschaffung der Todesstrafe!

Bundestreffen der
Mumia Abu-Jamal
Unterstützungskomitees

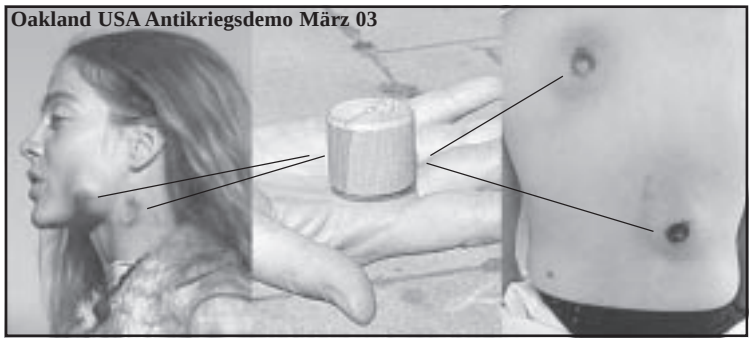
Killing me softly...

...oder wie nicht-tödlich darf es denn heute sein?

Prügelnde Bullen, ganze Stadtteile in CS-Gas-Nebel gehüllt, Misshandlungen und Erniedrigungen auf der Bullen - Wache...

„Chilenische Verhältnisse" nannten einige Zeitungen die Ereignisse im Juli 2001 beim G8 Gipfel in Genua. Repression auf der Strasse und auch anderswo ist für die Linke wahrlich nicht neu. Aber am 20. Juli starb ein Demonstrant durch gezielte Schüsse eines Carabinieri. Das hatte es, zumindest in Europa, schon lange nicht mehr gegeben. Ob diese Tat nur gedeckt, gewollt oder sogar befohlen wurde, sei dahingestellt. Fest steht, daß es in den meisten europäischen Ländern und den USA im Moment noch wesentlich schwerer fallen dürfte, einen Schusswaffengebrauch mit tödlicher Folge, wie in Genua unter der Regierung Berlusconi geschehen, zu rechtfertigen. Um Also eine „effektive" Aufstandsbekämpfung bei Großereignissen wie Weltwirtschaftsgipfeln, EU-Gipfeln etc. oder auch bei der Übernahme von Polizeiaufgaben durch das Militär bei Auslandseinsätzen, leisten zu können, haben und entwickeln mehrere Länder seit längerer Zeit sogennannte „non lethal weapons". Das heißt nix anderes, als das die dort auftauchenden Waffen nicht ganz so tödlich sind wie normale Knarren - Oder wie 1998 Prof. Robert J. Brown in seinem „Lexikon der non - lethalen Waffengattungen" sehr hübsch bemerkte:"Im Gegensatz zu konventionellen, tödlichen Waffen(...) bedeutet die Anwendung non - lethaler Waffen etwas anderes als vollständige physische Auflösung, allerdings mit dem Ergebnis, dennoch das Ziel am Funktionieren zu hindern." Wie sie sich aber entwickeln werden, und mit was für Mitteln wir es in Zukunft gerade bei internationalen Demonstrationen zu rechnen haben ist noch nicht absehbar. Die Forschungen auf diesem Gebiet reichen von Schallkanonen über biotechnologisch optimierten Gasen bis hin zu 3D Projektionen um zu verwirren oder einzuschüchtern.

Der Begriff „nicht tödlich" ist dabei Augenwischerei. Auszuschließen ist der



Oakland USA Antikriegsdemo März 03

Tod von Getroffenen dieser Waffen keinesfalls. Zu diesen Waffen gehören Gummi- oder vergleichbare Geschosse, Tränengasgranatwerfer, das als ungefährlich deklarierte Pfefferspray, „Markierungsgewehre" Elektroschocker verschiedenster Colour, und seit neuestem in der Erprobungsphase sogenannte „direct energy weapons", die Schmerzen durch gezielt eingesetzte, hochfrequente Töne oder elektromagnetische Felder erzeugen sollen.

In den Werbeprospekten der Bullen und der Herstellerfirmen lesen sich diese Waffen allesamt schmerzhaft, aber insgesamt ziemlich harmlos. Wenn mensch von sooo unwahrscheinlichen Fällen wie allergischen Schockreaktionen, Epilepsie, Asthma, Herzfehlern, Drogenkonsum oder einer allgemein schlechten Konstitution mal absieht, können diese Waffen bei vorschriftsmäßigem Einsatz niemanden töten.

Wobei wir beim Knackpunkt all dieser „sanften Killer" wären. Wie bei allen grösseren Auseinandersetzungen auf der Straße in letzter Zeit festzustellen ist, sei es nun Genua (Italien) Evian (Belgien/Frankreich) oder zuletzt bei Demos gegen das amerikanische Freihandelsabkommen FTAA in Miami, werden all diese Waffen na klar nicht streng nach Vorschrift benutzt. Und Bullen brauchen keine Repression zu fürchten, da sie in den seltensten Fällen auch nur gerügt werden für ihr Handeln. So könnten die Bullen natürlich auch mit einem Gummigeschoss, oder einer Gasgranate, die auf Kopfhöhe verschossen wird, ohne weiteres jemanden töten. Das schöne für sie dabei ist, daß sie ja eine non-lethal-weapon benutzt haben. Es kann also nur ein Unfall gewesen sein. Wohingegen der Einsatz von scharfen Waffen den Tod des Gegenübers zumindest gedanklich mit einschließt, verbietet dies schon der Name dieser Waffen.

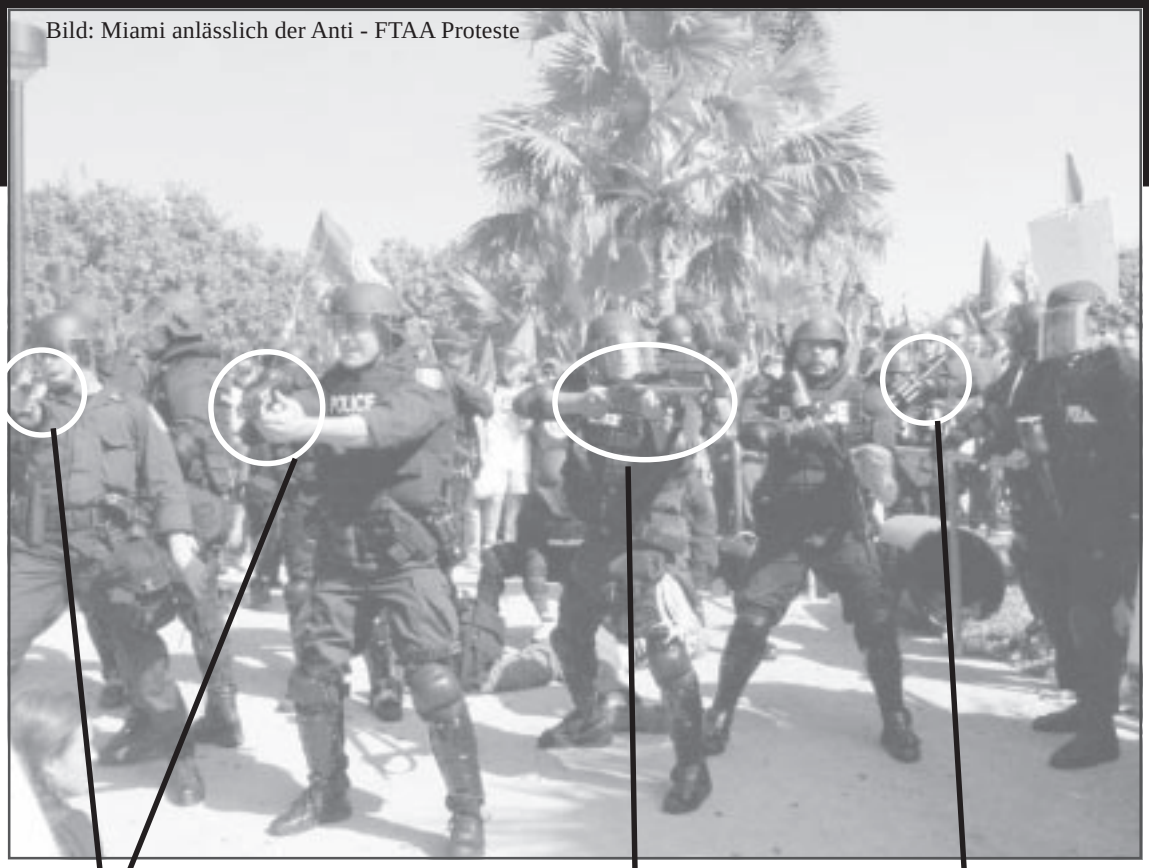
Die Bullen erhalten also durch die unterschiedliche Anwendungsmöglichkeit vieler dieser Spielzeuge, und ihr Prädikat „nicht tödlich" neben dem Schutz durch ihren Berufsstand einen relativen Freibrief, gegen unerwünschte Personen je nach Lust und Laune vorzugehen.

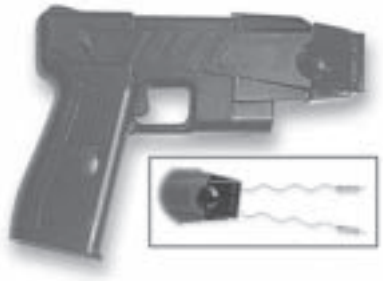
Um sich als NormalsterblicheR eine Vorstellung von diesen modernen Knüppeln machen zu können, sind hier einige der miesesten und ihre Verbreitung dargestellt.

Anm.: Ich weiß, daß das Bild oben links nicht gerade sehr nett ist, es soll aber verdeutlichen, daß Gummigeschosse usw. auf keinen Fall zu unterschätzen sind.

Pfefferspray:
wirkt sofort; erzeugt starke Haut- und Schleimhautreizungen sowie Erbrechen und Atemnot. Kann bei AllergikerInnen, AsthmatikerInnen und EpileptikerInnen zum Tode führen. Überall verbreitet.

Bild: Miami anlässlich der Anti - FTAA Proteste





Taser: Elektroschockpistolen, die zwei Pfeile an Drähten verschießt, über die dem Opfer Stromstösse zugefügt werden, die einen so intensiven Schmerz am ganzen Körper verursachen, daß es zur kurzzeitigen, völligen Lähmung kommt. Menschen mit Herzproblemen und/oder unter Drogeneinfluss aller Art können im Extremfall sterben.
In den USA sehr verbreitet, in Deutschland für den Polizeidienst erprobt und möglicherweise bald im Einsatz.

Geschosse:

1- Gummigeschosse in div. Grössen bis 40mm
2- Bohnensäckchen **3-** Gummischrot klein
4- Gummischrot groß **5-** Holzgeschosse ebenfalls bis 40mm
Verursachen im günstigsten Fall grosse blaue Flecken. Im schlechtesten Fall (wenn sie auf Kopfhöhe verschossen werden) können Treffer zu Erblindung, inneren Blutungen oder dem Tod führen. Gummigeschosse und seine Verwandten sind in aller Welt anzutreffen, da sie auch mit normalen Flinten verschossen werden können.

Granatwerfer: Abb. ist der deutsche standard „Mehrzweckwerfer". Verschießt Gasgranaten wie auch Schock- bzw. Blendgranaten. Wie in Evian gesehen, wo ein Journalist gezielt beschossen wurde, können Die Granaten durch ihre kinetische Energie, aber auch durch ihre Explosion im schlimmsten Fall ganze Körperteile abreißen oder die Person töten.
In versch. Ausführungen überall auf der Welt anzutreffen.

Markierungsgewehr: verschießt Farbkugeln mit Leichtmetallummantelung. Soll zur besseren Identifizierung von Straftätern aus einer grossen Gruppe dienen. Verursacht ähnliche Verletzungen wie Gummischrot. Zur Zeit nur bei der Schweizer Polizei in Gebrauch.

„Zum ersten Mal seit Jahrzehnten sind die Iraker wirklich frei" schrieb der US-Statthalter im Irak, Paul Bremer, am 13. Juli 2003 in einem Gastbeitrag für die New York Times. Das Land sei zwar noch nicht vollständig demokratisch, aber die „Freiheit von Nord nach Süd auf dem Vormarsch." Bedauerlicherweise würden diese Fortschritte von einer kleinen Widerstandsgruppe verunglimpft, hinter der aber nur Akteure des ehemaligen Regimes und ausländische Terroristen stünden, die feige „im Verborgenen agieren."

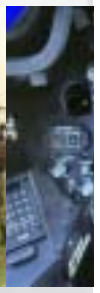
Irak – Die neue Phase des Krieges
„Iraqi Freedom" – eine Bilanz

Die Bilanz der von Bremer gepriesenen „Freiheit" sieht für die Betroffenen bitter aus. Auch Monate nach Ende der Hauptkampfhandlungen gibt es nur stundenweise Strom und fließendes Wasser, und dies bei der glühenden Sommerhitze Mesopotamiens. Lebensmittel und Medikamente sind knapp, Krankenhäuser funktionieren nur eingeschränkt und ein Gesundheitssystem gibt es nicht mehr. Die unter dem Embargo bereits erschreckend angewachsene Kindersterblichkeit, die im Vorjahr bei 57 pro tausend Geburten lag, ist nun auf 103 pro tausend Geburten gestiegen. Somit stirbt aktuell jedes zehnte Kind bei der Geburt. Die Besatzung ist überall spürbar: alle wesentlichen Belange des Lebens regelt die Besatzungsbehörde. (...) Überall auf den Straßen sind die Iraker konfrontiert mit Checkpoints, Betonbarrieren und Stacheldrahtverhauen sowie demütigenden Kontrollen. (...)

Invasion der Konzerne

Paul Bremer beklagte sich in einem Interview über die Ungeduld der Iraker. *„Nach 35 Jahren politischem und ökonomischem Missmanagement"* unter dem Baath-Regime *„könne man die Probleme nicht innerhalb dreier Wochen oder Monate lösen."* Das mag zwar US-Bürgern einleuchten, Irakern kaum, die die USA für die weitgehende Zerstörung ihrer Infrastruktur durch zwei Kriege und das Embargo verantwortlich machen. Sie müssen nun zudem hilflos mit ansehen, wie der Ausverkauf ihres Landes beginnt. *„Der fürchterliche Angriff auf das Leben der Iraker durch Streubomben"* könnte, so der pakistanische Journalist Humeira Iqtidar, *„von der großräumigen Enteignung in den Schatten gestellt werden, welche ihnen durch die Privatisierung droht: nicht nur ihrer Ölressourcen, sondern auch von Gesundheitsdiensten, Wasser, Elektrizität, Transport, Erziehung, Pharmazie und Telekommunikation."*

In der Tat sollen alle staatlichen Betriebe und Einrichtungen, einschließlich der Grundversorgung, wie z.B. Wasser, privatisiert, d.h. an ausländische Konzerne übergeben werden. Die Washinton Post sprach daher auch von der größten *„feindlichen Übernahme"* der Geschichte. Die landwirtschaftliche Bewässerung beispielsweise wurde bereits in die Hände der Bechtel group gelegt, die sich mit dem Vertrag für den Wiederaufbau der irakischen Infrastruktur nicht nur Milliardeneinnahmen, sondern auch eine beherrschende Stellung im Land sicherte. Die Pläne für die völlige Umgestaltung des Landes waren schon lange vor dem Krieg detailliert ausgearbeitet worden. In einem hundertseitigen Papier des US State Department (*„Moving the Iraqi Economy from Recovery to Sustainable Growth"*) wird ausführlich beschrieben, wie



beispielsweise die irakischen Gesetze umzuschreiben sind, inklusive genauer Formulierungen der zukünftigen Steuergesetze und Copyright-Bestimmungen oder wie der Banksektor übernommen werden soll. Sogar an den Entwurf eines Antrags des Iraks auf Mitgliedschaft in der WTO wurde gedacht. Auch die detaillierten Kostenaufstellungen für die beim US-Kongress beantragten Gelder für den

„Wiederaufbau" zeigen, dass sich die USA im Irak eine Kolonie nach ihrer Fasson zurecht zimmern möchten: die Liste geht von der Änderung des Postsystems und der Einführung eines US-ähnlichen ZIP-Codes bis zum Bau zweier Hochsicherheitsgefängnisse.

Obwohl das geltende Völkerrecht Besatzungsmächten verbindlich vorschreibt, die vorhandenen Gesetze und gesellschaftlichen Strukturen zu respektieren und die Wirtschaft treuhänderisch zu verwalten, bis eine neue souveräne Regierung im Amt ist, wurden bereits Dutzende staatlicher Unternehmen und Ministerien zum Ausverkauf ausgewählt.

Auf dem World Economic Forum im Juni hatte Bremer seine „Schocktherapie" für den Irak angekündigt. Durch die Öffnung der Grenzen des Iraks soll der Konkurrenzdruck erhöht und so -in Verbindung mit Subventionsstreichungen -die irakischen Firmen zu Produktivitätssteigerungen gezwungen werden. Den durch das Embargo ohnehin stark angeschlagenen Unternehmen droht wie auch den Bauern, wenn sie ungeschützt dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt werden, der endgültige Ruin. Der Abbau von Subventionen zielt zudem auf die Sozialprogramme des alten Regimes, das mit Hilfe der Öl-Einnahmen die Preise für Basisgüter und Dienstleistungen gesenkt hatte.

Der Krieg und die Engpässe an Energie und damit Wasser haben auch die diesjährige Ernte stark dezimiert, aufgrund fehlenden Treibstoffs konnten davon oft nur Bruchteile eingefahren werden. Die von der Besatzungsbehörde eingesetzte Übergangsverwaltung kündigte an, die staatlichen Zuwendungen im kommenden Jahr zu halbieren. Da das Bankensystem zusammenbrach, wird es auch keine Kredite geben. Ein Großteil der Bauern und landwirtschaftlichen Genossenschaften steht somit vor dem Aus. Bereit stehen hier schon die aus dem Exil heimkehrenden ehemaligen Großgrundbesitzer und die großen US-Agrarkonzerne, die mit Daniel Amstutz einen aus ihren Vorständen als US-Beauftragten für das Agrarwesen im Irak haben.

Ende September erließ Paul Bremer mit der Verfügung Nr. 39 ein entsprechendes Wirtschaftsprogramm: Ausländische Privatunternehmen können nun irakische Unternehmen zu 100 Prozent übernehmen. Ausnahme ist die Öl- und Gaswirtschaft, die weiterhin einem von den USA geführten Fonds unterstellt bleibt.

Profite können ohne Abzüge direkt ins Ausland transferiert werden. Einkommens- und Körperschaftssteuern werden zunächst nicht erhoben und später maximal 15 % betragen. Sechs ausländische Banken bekamen den Zuschlag, in den nächsten Jahren die irakischen Finanzinstitute komplett zu übernehmen. (...)

Widerstand gegen die Besatzung

Folgerichtig wächst der aktive Widerstand in der Bevölkerung - neben Demonstrationen, Verweigerung der Mitarbeit und anderen Formen zivilen Widerstands, sehen sich die Besatzungstruppen einem regelrechten Guerillakrieg gegenüber, der ihnen tägliche Verluste zufügt und effektiv die Wiederaufnahme des Erdölexports behindert. (...) Insgesamt 357 alliierte Soldaten waren bis I. Oktober im Irak getötet worden. (...) Nach Angaben des Kommandeurs der Besatzungstruppen im Irak, General Sanchez waren die US-Soldaten im September mit 20 bis 30 Angriffen täglich konfrontiert. Robert Fisk berichtete im *The Independent* (dessen Reporter er ist) sogar von bis zu 60 Angriffen pro Nacht in Bagdad. (...)

Während die Zahl der toten US-Soldaten genau erfasst ist und in den Medien Beachtung findet, gibt es auch nach Kriegsende keine Statistiken darüber, wie viele Iraker bei Razzien, Demonstrationen oder durch Überreaktionen und Rücksichtslosigkeit der Besatzungssoldaten ums Leben kamen. Die Besatzungsbehörden verweigern auch dem Roten Kreuz jegliche Auskunft darüber.

Wenn auch die Verluste schmerzhaft sind, stellt die Guerilla im Irak das Pentagon rein militärisch noch vor keine größeren Probleme. Auch wenn das von US-Politikern und Militärs ungern gehörte „Vietnam" immer häufiger fällt, so sind die Verhältnisse im besetzten Zweistromland davon noch weit entfernt. *„Um es derb zu sagen: ich denke, dass das Land das aktuelle Niveau von Verlusten akzeptieren kann"* meinte daher der Militärexperte Richard Stoll von der Rice University im texanischen Houston.

Die Situation ist für die Besatzer dennoch schwieriger, als sie zugeben wollen. Die bewaffneten Aktionen werden nicht nur, wie sie gern glauben machen möchten, von versprengten Resten der Sicherheitskräfte des alten Regimes oder zugereisten religiösen Fanatikern getragen, sondern von einer Vielzahl

unterschiedlich zusammengesetzter Gruppen und Organisationen. Sie sind vor allem aber auch konfrontiert mit einer prinzipiell feindseligen Stimmung in der Bevölkerung, die sich in gewaltfreien Protestaktionen, aber zunehmend auch in Ausbrüchen spontaner Gewalt äußert. Bilder von Anwohnern, die voll Genugtuung die Zerstörung von Militärfahrzeugen feiern, gehen um die Welt. (...)

Die stärker und militanter werdende Opposition gegen die Besatzung kommt in den verschiedensten Schattierungen daher, stellt die *International Crisis Group* (ICG) in einem Memorandum fest. (1) Neben den auf Stammesstrukturen und Moscheen basierenden Organisationen gibt es auch die Gruppierungen, die sich aus den Resten des gestürzten Regimes rekrutieren oder anderen säkularen, patriotischen und linken Organisationen angehören. Erfahrene ehemalige Militärangehörige finden sich in allen Organisationen, ein Grund für den hohen Grad an Professionalität. Falls sich die Situation nicht rasch ändert, so die ICG, dann könnten die Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppierungen bald verblassen und sich auch radikale Schiiten in den Kampf stürzen.

Der Widerstand ist auch nicht auf Bagdad und das sogenannte „sunnitische Dreieck", die Region westlich und nördlich von Bagdad, beschränkt. Aktionen werden auch aus dem schiitischen Süden gemeldet. Die Guerillaaktivitäten sind dort allerdings deutlich geringer. Hier hatten unmittelbar nach Zusammenbruch der alten Staatsmacht in vielen Städten schiitische Organisationen oder der Klerus die lokale Kontrolle übernommen.

Die Schiiten hatten im Südirak seit 1998 weitgehende Autonomie bei der Wahrung ihrer inneren Belange erhalten, die die religiösen Kräfte zur Ausweitung ihres Einflusses in der Bevölkerung gut genutzt hatten. Dies half ihnen, das Machtvakuum rasch zu füllen. Auch weniger religiöse Iraker waren in einer Gesellschaft, wo aufgrund des Embargos 60% der Bevölkerung vollständig von der Lebensmittelverteilung des Staates abhingen, bereit, sich nach dessen plötzlichem Zusammenbruch den religiösen Führern unterzuordnen. Über die Moscheen verfügen diese über eine Organisationsstruktur, die sich sowohl bei der Verteilung von Hilfsgütern und anderen sozialen Aufgaben als auch bei der Bildung von *„Selbstschutzgruppen zur Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung"* bewährten. So gab es beispielsweise in den von ihnen kontrollierten Städten Nadjaf und Kerbela keine Plünderungen. Gestiegen ist allerdings dadurch auch der Druck auf alle Mitbürger, sich an die strengen islamischen Regeln zu halten.

Auch wenn ein Großteil der Schiiten gegen das Baath-Regime eingestellt war, verurteilte die Mehrheit den Krieg und lehnt die Besatzung strikt ab. Die meisten ihrer Führer wenden sich im Moment aber noch gegen bewaffnete Aktionen und bauen - im Vertrauen auf ihre zahlenmäßige und organisatorische Stärke - ihre Machtbasis und Infrastruktur weiter aus. Der Druck auf die Besatzer, die schiitischen Organisationen real an der Macht zu beteiligen, steigt: falls dem nicht nachgegeben wird, drohen nach Ansicht vieler Beobachter Volksaufstände, die mit den aktuell verfügbaren Truppen schwer unter Kontrolle zu bringen wären. (...)

Anfang Oktober meldete die *„Nationale Front zur Befreiung des Irak"*, dass es gelungen wäre, Widerstandsgruppen aus mehr als einem Dutzend größerer Städte und Provinzen unter einer einheitlichen Führung zusammenzufassen. Sie deutete dabei an, dass Kontakte auch zu baathistischen Gruppierungen bestünden, die nicht loyal zum gestürzten Präsidenten Saddam Hussein stehen. Der irakische „Prokonsul" Paul Bremer III, der Mann, der im Irak passender Weise im *„Geschäftsanzug und Kampfstiefeln"* (Robert Fisk) auftritt, schlägt angesichts der eklatanten Undankbarkeit seiner Untertanen schärfere Töne an. Von „irakischer Freiheit" ist da keine Rede mehr: *„Wir werden sie [die Widerstandskämpfer] bekämpfen und ihnen unseren Willen aufzwingen, und wir werden sie fassen ... oder töten, bis wir unser Gesetz und Ordnung im Land durchgesetzt haben. Wir dominieren das Geschehen und werden dem Land unseren Willen aufzwingen."*

Diese Einstellung bekommen weite Teile der Bevölkerung unmittelbar zu spüren. Großrazzien, willkürliche Gefangennahmen, Erschießungen und regelrechte Menschenjagden sind an der Tagesordnung. Selbst vor Geiselnahme schrecken die Besatzungstruppen nicht zurück, um Gesuchte zu zwingen, sich zu stellen. Anschläge auf Besatzungstruppen werden mit regelrechten Strafaktionen gegen die Bevölkerung am Ort des Geschehens beantwortet. Immer wieder fordern auch die Angriffe gegen Demonstrationen Tote und Ver-letzte. Amnesty International wirft den US- und britischen Truppen in einem Memorandum zudem vor, Tau-sende irakische Gefangene ohne Anklage und unter entsetzlichen Bedingungen festzuhalten: Die Gefangenen müssen in Zelten oder sogar unter freiem Himmel bei Tagestemperaturen von mehr als 50°C ausharren; sie werden mit lauter Musik beschallt und zu schmerzhaften Körperhaltungen gezwungen; die Wasserrationen sind so knapp, dass sich die Gefangenen oft wochenlang nicht waschen können. Auch von härteren Folterungen wird berichtet: von stundenlangem Prügeln, ausgeschlagenen Zähnen und Misshandlungen mit Elektroschocks.

Das „Empire" in der Klemme

„Irak könnte für Amerika das werden, was Afghanistan für das sowjetische Imperium war", befürchtet der Historiker Michael Ignatief von der Harvard Universität. Zumindest müssen die Falken in Washington eine Reihe hochfliegender Pläne vorerst zur Seite legen. So sollte der Irak nach den Vorstellungen der „Neokonservativen" (2) nach der Eroberung Ausgangsbasis für Neuordnungspläne in der gesamten Region sein. Stattdessen wird nun die Besetzung des Zweistromlandes für lange Zeit erhebliche militärische Ressourcen binden.

Ein weiteres wichtiges Ziel war die Demonstration der US-amerikanischen

Macht. Der Beweis ihrer Fähigkeit, ein Regime nach Gutdünken stürzen zu können, sollte eine wirksame Ausstrahlung auf die arabisch-islamische Welt entfalten, und eine gesellschaftliche Transformation im Sinne der USA im gesamten Mittleren Osten einleiten. Doch allein die Tatsache , dass es der britisch-amerikanischen High-Tech-Armee nicht gelingt, die Guerilla-Aktivitäten einzudämmen, untergräbt die Wahrnehmung, die die USA gerne mit diesem Krieg von sich verbreitet hätte - die einer allmächtigen Supermacht, die die Verhältnisse vor Ort nach ihrem Willen formen kann.

Ein unmittelbares Problem ist die recht effektive Sabotage des Exports irakischen Öls. Hatte man doch in Washington und in vielen Konzernzentralen gehofft, die Wiederaufnahme der Ölexporte würde rasch erhebliche Summen für den „Wiederaufbau" - richtiger Umbau - des Iraks einbringen. (...) Regelmäßige Anschläge auf die Pipeline von Kirkuk nach Ceyhan in der Türkei, die für eine Million Barrel am Tag (bpd 3) ausgelegt ist, verhinderten bisher den Abtransport des wertvollen Rohstoffes aus dem Norden nahezu vollständig. Das alte Regime konnte sich bei der Überwachung der Öl-Leitungen auf die örtlichen Stämme stützen. Alle Apelle der Bezatzungsbehörden an die lokalen Stammesführer hingegen, ihnen für einen gewissen Obulus beim Schutz der Pipeline zu helfen, waren bisher ohne Erfolg. Die zum Schutz der Pipeline beauftragte US-amerikanische Sicherheitsfirma sah sich daher gezwungen, die Zahl ihrer Wachmänner von 5.000 auf 11.500 zu erhöhen.

Auch in der Mitte und Süden Iraks beeinträchtigen Anschläge auf Pipelines und Sabotage der Stromversorgung die Arbeit von Raffinerien und den Export von Erdöl. Mitte August lag der Export 30% unter dem für den Süden anvisiertem Ziel. Durch den Ausfall im Norden erreicht das gesamte Exportvolumen noch nicht einmal die Hälfte der vorgesehenen Menge von 1,2 Mio.bpd

Der Widerstandsbewegung gelingt es somit recht gut, den Raub des irakischen Ölreichtums zu beschränken. Das anvisierte Ziel der USA, den Export rasch wieder auf das Vorkriegsniveau von 2,8 Millionen bpd zu heben und damit ihre Kriegskasse zu füllen, liegt somit noch in weiter Ferne, ebenso wie eine baldige spürbare Entlastung der US-amerikanischen Steuerzahler. Selbst eine Exportquote von einer Million bpd würde erst knapp 150 Millionen US-Dollar netto pro Woche einbringen, weit entfernt also von der Milliarde, die Washington jede Woche allein für die Besatzung ausgeben muss.

Präsident George Bush sah sich gezwungen, vom Kongress weitere 87 Milliarden Dollar für die Besatzung und den Wiederaufbau im Irak und in Afghanistan zu fordern. Eine gewaltige Summe, die, wie Kritiker in den Vereinigten Staaten anmerkten, deutlich über den Ausgaben von Bushs Regierung für Bildung in diesem Jahr liegt und das Haushaltsdefizit zum ersten Mal auf mehr als eine halbe Billion Dollar anwachsen lässt.

Die USA beherrschen nun 12%, vielleicht sogar 25 % der Ölreserven der Welt, können es aber nicht sprudeln lassen. Die erforderlichen Investitionen sind gigantisch und könnten eine Wirtschaftskrise in den USA erzeugen. Das, so Robert Fisk, bringe die Bush-Administration weit mehr in Panik als die Guerilla. *„Sie haben die Hand auf der größten Schatztruhe der Welt, können den Deckel aber nicht öffnen"*. (...)

Versuche, mit rückkehrenden Exilirakern, die der einstigen sog. „Irakischen Opposition" angehören, etwas Rückhalt in der Bevölkerung zu gewinnen, sind gescheitert, da diese als Marionetten der USA abgelehnt werden. Auch der sogenannte „Regierende Rat" - ein 25-köpfiges, vom US-Statthalter Paul Bremer handverlesenes Gremium, das ihm direkt untersteht, wird vom überwiegenden Teil der Bevölkerung nicht als provisorische Regierung anerkannt. Seine Zusammenstellung erfolgte anhand ethnischer und konfessioneller Kriterien, auf die Bremer und seine Leute das komplexe gesellschaftliche Spektrum des Iraks reduzierte.(...)

Acht der neun abwechselnden Präsidenten sind Exiliraker oder Kurden. Mit wenigen Ausnahmen, wie dem pro-iranischen *„Obersten Rat des islamischen Widerstands"* SCIRI, der ältesten radikal-schiitischen Partei DA WA und den beiden kurdischen Organisationen PUK und KDP, verfügen die Ratsmitglieder im Irak über keine nennenswerte Basis.

Selbst der gemäßigte, sich politischen Äußerungen in der Regel enthaltende, ranghöchste schiitische Geistliche im Irak, Ayatollah al-Sistani, sah sich auf Grund der Stimmung im Lande genötigt, eine „Fatwa" auszusprechen, die dem Rat jegliche Legitimität abspricht und den Gläubigen eine Zusammenarbeit mit dem Gremium verbietet.

Die Zusammenarbeit der US-Vertreter mit den kooperationsbereiten schiitischen Organisationen ist stark von gegenseitigem Misstrauen geprägt. Auf US-Seite steht einer engeren Allianz vor allem die Ablehnung eines islamistisch geprägten Staates und die Furcht vor einem größeren Einfluss des Iran entgegen.

Das Pentagon setzt beim Aufbau eines geeigneten irakischen Regimes weiterhin

lieber auf den zwielichtigen Geschäftsmann Achmed Chalabi, der in Jordanien wegen eines Bankbetrugs in Höhe von 288 Millionen US-Dollar eine 22-jährige Gefängnisstrafe zu erwarten hat, und seinen Irakischen National-Kongress (INC). Seine in der Washington Post präsentierten Vorschläge, wie das Land zu befrieden sei, geben eine Vorstellung davon, was von einem Irak unter dem Übergangsrat als souveräner Regierung zu erwarten wäre.
Die Besatzungstruppen sollten, so Chalabi in der *Washington Post*, rasch zu Tausenden alle Baathisten, ehemaligen Sicherheitskräfte und Militärs festnehmen und verhören, ebenso deren Brüder, Neffen und Vettern. Der INC könne entsprechende Listen und Aufenthaltsorte nennen und bei den Verhören assistieren. In einem großen Streifzug sollten Besatzungstruppen die Städte, wo es Widerstand gibt, einkesseln und den Bewohnern ein 48-stündiges Ultimatum stellen, alle Waffen auszuliefern. In Häusern, wo danach noch Waffen gefunden würden, sollten alle männlichen Bewohner inhaftiert werden. (...)

Internationalisierung der Besatzung

(...) Am 19. August waren bei einem Bombenanschlag auf das UN-Hauptquartier in Bagdad der Sondergesandte der UNO, Sergio Vieira de Mello, und zwanzig weitere UN-Mitarbeiter ums Leben gekommen. Zehn Tage später war der SCIRI-Führer Ayatollah Al Hakim unter den 82 Opfern eines ähnlichen Anschlags in Najaf. Die Anschläge waren auch für viele US-Amerikaner der Beweis, dass die 140.000 im Irak eingesetzten Truppen nicht in der Lage sind, die Situation in den Griff zu bekommen. Als naheliegendste und schnellste Lösung forderten daraufhin einflussreiche US-Politiker eine massive Erhöhung der Zahl eigener Truppen. Führende US-Militärs hatten von Anfang an auf eine größere Truppenstärke gedrängt. Der damalige Generalstabschef der US-Armee, General Shinseki, hatte im Februar 2003 vor dem Kongress angegeben, nach einer erfolgreichen Invasion seien *„mehrere hunderttausend Soldaten"* nötig, um den Irak zu *„stabilisieren"*.
US-Verteidigungs-Minister Rumsfeld hat - unter anderem auch mit dem Hinweis, dass mehr Truppen mehr Ziele für die Guerilla bedeuten- dennoch eine Erhöhung der Truppenstärke bisher strikt abgelehnt. Sie wäre ohne massive zusätzliche Truppenmobilisierungen und Abzug aus anderen Bereichen und Einsatzorten auch gar nicht über einen längeren Zeitraum möglich. (4) Die Einsatzzeiten im Irak waren ohnehin schon auf mindestens ein Jahr verdoppelt worden, was zu erheblichen Unruhen unter den Soldaten und ihren Angehörigen führte.
Statt zusätzlicher Soldaten will Rumsfeld den Anteil der für Counter Insurgency ausgebildeten Spezialtruppen erhöhen und mehr Iraker rekrutieren. (...)
Angesichts der wachsenden Probleme drängen Washington und London auf mehr internationale Unterstützung. Trotz aller Bemühungen waren bisher nahezu alle Versuche gescheitert, bedeutendere Staaten zu einem militärischen oder finanziellen Beitrag im Irak zu bewegen. Viele hatten deutlich gemacht, dass ein Engagement im Irak ohne größere eigene Mitsprache und mehr Autorität für die UNO nicht in Frage komme. Während sich die Mehrheit der Bush-Administration gegen ein solches Entgegenkommen sperrt, wächst auch in den USA die Zahl derer, die eine solche Teilung der Autorität befürworten. (5) Diesen geht es nicht nur um mehr Truppen und die Verteilung der explodierenden Besatzungskosten auf mehr Schultern, sondern vor allem auch um eine Änderung des Ansehens des Besatzungsregimes. (...)
Trotz aller Schwierigkeiten kommt für die Hardliner in Washington um Vizepräsident Dick Cheney, Verteidigungsminister Rumsfeld und dessen Stellvertreter Paul Wolfowitz eine Beteiligung anderer Staaten an der Kontrolle im Irak und am wirtschaftlichen Neuaufbau nicht in Frage. Es würde nicht nur ihren Plänen am Golf zuwider laufen, sondern auch einem ihrer zentralen strategischen Ziele, die Vorherrschaft der USA gegenüber allen potentiellen Konkurrenten, zu denen sie auch die Großmächte der EU zählen, auf Dauer zu bewahren. Da es für sie von eminenter Bedeutung ist, wie die amerikanische Macht im Nahen und im Mittleren Osten wahrgenommen wird, sehen sie in einer aus der Not geborenen Internationalisierung nur ein Signal der Schwäche. (...)

Irak „Front im Kampf gegen Terrorismus"

Die Bush-Regierung nutzte konsequent die Anschläge auf die UN-Zentrale in Bagdad und die Imam-Ali-Moschee in Nadjaf, um argumentativ die Gefahr einer Ausbreitung terroristischer Gewalt in den Vordergrund zu rücken. Obwohl auch diese Gewalt offensichtlich eine Folge der Besatzung ist, wird sie in der Mitte Oktober verabschiedeten UN-Resolution zur Rechtfertigung ihrer Fortsetzung verwandt. Die Resolution 1511 nimmt gleich zu Beginn auf diese Attentate Bezug und gedenkt ausführlich der ausländischen und irakischen Opfer, die dabei ums Leben kamen - angesichts Zehntausender Iraker, die von US-amerikanischen Bomben getötet wurden,

ein kaum zu überbietender Zynismus. Mit der *„Bedrohung von Frieden und Sicherheit durch terroristische Akte"* legitimiert die Resolution schließlich die Umwandlung des v.a. US-amerikanisch-britischen Besatzungsregimes in einen multinationalen Kampfeinsatz nach Kapitel VII der UN-Charta.
Die US-Regierung versucht auch in der Öffentlichkeit die hässliche Realität der illegalen Besatzung durch das Bild eines Landes zu verdrängen, das im blindwütigen Terror zu versinken droht. Indem Angriffe auf die Besatzungstruppen und Sabotage mit den Terroranschlägen auf Zivilisten vermengt und zudem in Verbindung mit Anschlägen in anderen Ländern gebracht wird, versuchen sie ihre Besatzungspolitik als Verhinderung der *„Ausweitung des Terrors"* und so als gemeinsames Anliegen der

Polizisten und Soldaten.
Die Hoheit der USA über den Irak wird nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt. Selbstverständlich sollen auch aus deutscher und französischer Sicht die USA - als *„größter Truppensteiler"* -das militärische Oberkommando über die geplanten UN-Truppen im Irak erhalten. Die Forderung nach einer größeren Autorität für die UNO wird zwar aufrecht erhalten, einen Streit deswegen sollte es

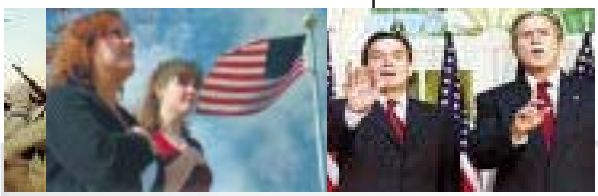
aber nicht mehr geben.
Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete schließlich am 16. Oktober einstimmig den vom US-Außenminister ein letztes Mal sprachlich überarbeiteten Resolutionsentwurf, obwohl letztlich keine der maßgeblichen Forderungen berücksichtigt wurde. Frankreich, Deutschland und Russland bekräftigten in einem separaten Statement ihre Unzufriedenheit mit der Rolle, die den Vereinten Nationen eingeräumt wurde, und schlossen die Entsendung eigener Truppen aus.

Weltherrschaft durch „kreative Zerstörung"

Es gehe den USA darum, im Irak *„ein demokratisches Modell zu schaffen, das als Inspiration für den Rest des Mittleren Osten dienen wird"*, so die neue Begründung des Krieges durch einen seiner Architekten, Paul Wolfowitz, nachdem die Waffenfunde im Irak ausblieben. Davon ist das Land, wie wir gesehen haben, weit entfernt. Dies ist eine herbe Enttäuschung für all jene, die an einen Krieg ohne größere Opfer glauben mochten, bei dem der Schaden gegenüber dem Nutzen - Sturz Saddam Husseins und Aufbau eines „demokratischen Irak" - vernachlässigbar sei. Eine „Demo-kratisierung" im eigentlichen Sinne war aber nie zu erwarten gewesen. Schließlich hatte die US-Administration keine Zweifel daran gelassen, dass sie ihre detaillierten Pläne für die Neuordnung des Landes - wie die Einführung einer radikalen neoliberalen Marktwirtschaft - nach dem Sturz des alten Regimes auf alle Fälle umsetzen würden. Die wesentlichen Weichen sollten - so oder so - gestellt sein, lange bevor Iraker zum ersten Mal an die Wahlurnen gehen können. (6)

Es war auch klar, dass die Besatzungstruppen bleiben werden, bis die Gegner einer solchen Politik ausgeschaltet sein würden - und darüber hinaus. Mit dem Bau von vier permanenten Militärbasen wurde bereits begonnen, dazu gedacht, die militärische Reichweite des US-Imperiums langfristig auszuweiten. Es ist klar, dass auch diese die irakische Souveränität, unabhängig von der weiteren Entwicklung, dauerhaft einschränken werden.
Wenn auch die neokonservativen Strategen hinter Bush den Wind, der ihnen im Irak entgegen blasen wird, wohl unterschätzt hatten, so ist es doch unwahrscheinlich, dass sie von der Situation tatsächlich völlig überrascht wurden. Die US-Geheimdienste jedenfalls hatten eindringlich vor erheblichem bewaffneten Widerstand gegen eine Besatzung gewarnt. Der generelle Tenor der Geheimdienstberichte sei gewesen, berichtete die *Washington Post*, dass die Nachkriegsphase problematischer als der Krieg sein werde, und dass auf dieser Basis Generalstabschef Shinseki auch vor dem Kongress für die Besatzung wesentlich mehr Truppen veranschlagte als für die Invasion. Es sei die politische Führung im Pentagon, d.h. der neokonservative Klüngel um Rumsfeld und Wolfowitz, gewesen, die ihren *„optimistischen Ansatz"*, wonach *„die US-Truppen von der Bevölkerung euphorisch begrüßt -werden würden"* autoritativ als Basis für die Nachkriegsplanung durchsetzte.
Jeder, der sich ernsthaft mit der Stimmung im Lande beschäftigte, wusste, dass US-Amerikaner und Briten bei der Mehrheit der Iraker alles andere als willkommen sein werden. Die Falken Washington hätten aber ihr wichtigstes außenpolitisches Etappenziel - die Eroberung des Iraks - wohl kaum erreicht, hätten sie die realistischen Nachkriegsszenarien und die möglichen Folgekosten angekündigt.
Angesichts der bekannten Abneigung der Neokonservativen gegenüber „Nation Building" hatte ein rascher Wiederaufbau des Iraks vermutlich keine Priorität. Schon die Art und Weise, wie die Besatzung begann - mit Plünderungen und organisierten Brandstiftungen sowie der kompletten Auflösung der irakischen Armee - legt nahe, dass es für die Strategen, die seit Jahren auf die Besetzung des Landes hinarbeiteten, zumindest zweitrangig war, wann es im Irak wieder geordnete Verhältnisse geben wird. (...)

„internationalen Staatengemeinschaft" darzustellen.
Nicht ohne Erfolg, wie nicht nur Resolution 1511 zeigt: Die Besatzung an sich, Ergebnis eines unstrittig völkerrechtswidrigen Krieges, wird von europäischen Politikern und Medien kaum noch problematisiert. Während aus Sicht der meisten Iraker die gefährlichsten ausländischen Terroristen in britischen und amerikanischen Uniformen stecken,



besteht in Europa breiter Konsens, dass eine Unterstützung der amerikanisch-britischen Truppen bei der „Stabilisierung" des Iraks ein gemeinsames internationales Anliegen ist.
Just als die CIA zugeben musste, keinerlei Massenvernichtungswaffen im Irak gefunden zu haben, bekräftigten Bundeskanzler Gerhard Schröder und der französische Präsident Jacques Chirac in direkten Gesprächen mit dem US-Präsidenten, die *„Meinungsverschiedenheiten"* über den Kriegskurs der USA hätten sich erledigt. Man müsse nun nach vorne schauen, so Schröder. In einem Artikel für die New York Times, der den Boden für einen wohlwollenden Empfang bei George W. Bush bereiten sollte, bot er an, *„die Last im Irak zu teilen."* In Aussicht gestellt wurde, neben finanziellen Hilfen, vor allem die Ausbildung neuer, US-loyaler

Viele Iraker wie auch kritische internationale Beobachter vor Ort vermuten, die USA fördern das herrschende Chaos und etablieren Machtzentren lokaler Stammes- oder Religionsführer. Deren *„Ordnung"* könnte *„sich eventuell als nicht weniger tyrannisch herausstellen als das vorherige Regime".*

Die irakische Gesellschaft hat sich in der jüngeren Vergangenheit nicht nach ethnischen oder konfessionellen Kriterien definiert. Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten und auch zwischen Kurden und Arabern spielten stets eine untergeordnete Rolle. Für die Mehrheit waren soziale und wirtschaftliche Interessen wichtiger für die politische Orientierung, die nationale Identität kam überwiegend vor der konfessionellen.

Durch eine entsprechende Politik können allerdings, vor allem in einem Klima wachsender Gewalt, ethnische und religiöse Gruppenidentitäten massiv verstärkt werden, wie das ehemalige Jugoslawien deutlich vor Augen führt. So droht die Besetzung aller provisorischen Gremien - von den Stadträten bis hin zum „Regierenden Rat" - nach ethnisch-religiösem Proporz, die Trennungslinien zwischen den Bevölkerungsgruppen zu verschärfen. Die Entscheidung, bei der Bildung des Übergangsrats *„eine auf Konfession und Volkszugehörigkeit beruhende Aufteilung"* vorzunehmen, hat den „Prozess der Bildung einer nationalen Regierung im Irak auf potentiell gefährliche Weise verändert", urteilt auch die International Crisis Group und befürchtet, dass der Irak damit schon auf „den Weg einer Libanonisierung" gebracht wurde. (...) Um so mehr sich politische Repräsentation entlang ethnischer und konfessioneller Zugehörigkeit etabliere, umso mehr werden Iraker sich politischen Organisationen anschließen, die sich entlang dieser Linien definieren. Die „Politisierung religiöser und ethnischer Risse" so die ICG, gefährde die territoriale Integrität Iraks und seinen säkularen Charakter. (7) (...)

Ein Zerfall in verschiedene Regionen und Einflussgebiete und eine damit einhergehende Destabilisierung der angrenzenden Länder würde durchaus im Interesse der mächtigen Kreise in den USA liegen, die sich die Unterwerfung der ganzen Region auf die Fahne geschrieben haben. Schon jetzt werden Syrien und Iran mit den Vorwürfen bedroht, den irakischen Widerstand zu unterstützen. Besonders Syrien, das mehrfach schon in Grenznähe Ziel US-amerikanischer Angriffe war, droht nun auch militärisch ins Kreuzfeuer der USA und Israels zu geraten.

Eine „Afghanistanisierung" wäre, so die Militärexperten von Stratfor, auch eine mögliche Antwort auf den wachsenden Widerstand im Lande. Das hieße: Rückzug in gut bewachte, auf strategisch wichtige Punkte verteilte Militärbasen, '^während man erlaubt, dass sich die politische Situation am Boden selbst ausspielt. Zulassen, dass die Spannungen zwischen Schiiten und Sunniten zu einem Bürgerkrieg explodieren und Manipulieren jeder Seite zum Vorteil der USA." Kann eine Vereinheitlichung des Widerstands verhindert werden, könne man sich mit den dadurch frei werdenden Truppen auch wieder „militärisch auf Nachfolgeoperationen in Syrien, Iran oder sonstwo" konzentrieren.

Hier könnte sich uns somit die volle Bedeutung des in den Strategiepapieren der Neokonservativen verwendeten Begriffs der „kreativen Zerstörung" erschließen, die einer ihrer Wortführer, Michael Ledeen, so erläuterte: *„Stabilität ist ein Auftrag, der Amerikas nicht würdig ist. Wir möchten keine Stabilität im Iran, im Irak, in Syrien, im Libanon, und sogar in Saudi-Arabien möchten wir keine Stabilität; Wandel wollen wir. ... Kreative Zerstörung ist unsere zweite Natur, ob es unsere Gesellschaft betrifft oder das Ausland."*

Hinter dem irakischen „Chaos" könnte sich somit eine gewisse Strategie verbergen, wie trotz wachsenden Widerstands auch mit begrenzten Kräften das Land im Griff gehalten werden kann. (...) Es geht im Irak „um Öl, um Israel, um die Unterwerfung des Nahen Ostens und ein paar Dinge mehr...", so Oliver Fahrni

„Vor allem aber um ein Modell: Weltherrschaft durch ‚kreative Zerstörung' (PNAC, 8), durchorganisiertes Chaos. Das ist nicht sogleich einsichtig, weil es mit unserem Weltbild kollidiert: Macht, denken wir, gründe auf Law & Order, imperiale Hegemonie brauche (und erzwinge) Stabilität. Doch Konfliktforscher wissen: Chaos ist manchmal die effizientere Herrschaftsform. Im permanenten Bürgerkrieg können Ressourcen umverteilt, Gesellschaften umgebaut werden, ohne den langen Weg politischer Konsensfindung zu gehen." (9) (...)

Die weitere Entwicklung des zivilen wie militärischen Widerstands im Irak wird nicht nur entscheidend für die Zukunft des Landes selbst sein. Sie wird einen wesentlichen Einfluss darauf haben, in welchem Maße die USA ihre aggressiven Pläne gegenüber anderen Ländern weiter verfolgen können. (10)

Joachim Guillard

(geklaut aus Bremer Kassiber Nr. 54)

Dieser stark gekürzte und redaktionell überarbeitete Text entstammt der IMI-Studie 2003/05 (Informationsstelle Militarismus e.V.). Zu finden ist diese unter www.imi-online.de. Neueste Buchveröffehtlichung: Guilliard/Göbel/Schiffmann (Hg.): „Der Irak - ein befreites Land?" (Köln, PapyRossa Verlag, 2003), EUR 14,90, ISBN 3-89438-270-8. Die vorliegende Studie „Irak - Die neue Phase des Krieges" erscheint in gekürzter Fassung in diesem Buch.

Anmerkungen

(1) ICG: „Goveming Iraq", 25 8.2003. Die International Crisis Group ist ein multinationales Expertengremium, dem viele ehemalige hochrangige Politiker wie Oscar Arias, Martti Ahtisaari und Zbigniew Brzezinski, prominente Wissenschaftler und Militärs wie z.B. der ehemalige US-Generalstabschef Wesley Clark und Konzemchefs angehören, und das auf eine starke NATO orientiert ist.

(2) So genannt, weil sich diese rechtsgerichteten Kreise von den eigentlichen Konservativen durch ihre Ideologie eines ungezügelten Interventionismus stark unterscheiden.

(3) Ein Barrel sind 159 Liter.

(4) „Von den insgesamt 33 Kampfeinheiten der US-Armee wurden bereits 16 in den Irak verlegt, bis auf drei sind auch alle übrigen [...] weltweit im Einsatz." (Alain Gresh: „Falsche Vorstellung", Le Monde Diplomatique, September 2003).

(5) In ihren Kommentaren fordern große US-Zeitungen wie die Washington Post, die New York Times und die Los Angeles Times, um eine „Lastenteilung" zu erhalten, auch „Entscheidungsbefugnisse" und mögliche „Belohnungen" mit anderen Staaten zu teilen, sowie mehr „politische und wirtschaftliche Autorität der UNO". (Sh. Peter Rudolf: „Amerikanische Irakpolitik - wie weiter", Stiftung Wissenschaft u. Politik, SWP-aktuell 36, Sept. 2003.

(6) „Bremer's comments indicated that Iraqis would most likely not be deciding for themselves what kind of economy will replace the state-planned system" („Bremer Shifts Focus to New Iraqi Economy", Washington Post, 27.5.03.

(7) ICG: „Governing Iraq", 25 8.2003, S. 16.

(8) PNAC: Project for a New American Century. Wichtigster Think-Tank der Neokonservativen.

(9) Oliver Fahrni: „Weltherrschaft durch .kreative Zerstörung'". INAMO 34/Sommer 2003.

(10) Auch das Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) in London schätzt, dass der Irak die US-Regierung auch im nächsten Jahr so beschäftigen wird, dass dadurch „Energien für Konfliktlösungen in anderen Teilen der Welt gelähmt seien." (Frankfurter Rundschau, 15.10.2003.)

Irakische Opposition zwischen Neuorganisation und Vereinnahmung

Besatzung und Widerstand

Es ist das Recht der irakischen Bevölkerung, über ihre Zukunft selbst zu entscheiden. Die politische und tatsächliche Macht über alle gesellschaftlichen Bereiche muß unverzüglich an eine von der irakischen Bevölkerung gewählte Regierung übergehen. Gleichzeitig haben die Besatzungstruppen das Land zu verlassen. Von dieser Situation ist der Irak derzeit jedoch weit entfernt.

Zur Rechtfertigung der Besatzung wird in den Medien immer wieder von sogenannten Irak-Kennern behauptet, das Land sei noch nicht reif für die Demokratie, und deshalb müsse in einer Übergangsphase den Irakern die Demokratie erst beigebracht werden. Die Definitionsmacht darüber, was Demokratie ist und wie sie praktisch werden soll, liegt dabei bei den Besatzungsmächten. Die US-Regierung möchte zwar den demokratischen Schein wahren, im Vordergrund steht aber die Etablierung einer Regierung, die die Interessen der USA unterstützt, US-Militärstützpunkten im Irak zustimmt und die wirtschaftlichen Grundentscheidungen im Sinne der US-amerikanischen Konzerne absichert. (...)
Gleichzeitig wird die langjährige Besatzung des Iraks vorbereitet. Am 21. April hatte zunächst der ehemalige Drei-Sterne-General Jay Gamer als Chef der Besatzungsbehörde, die irreführend „Büro für Wiederaufbau und humanitäre Unterstützung" genannt wird, sein Amt angetreten. Bereits Anfang Mai wurde dann Paul Bremer, der direkt dem Weißen Haus untersteht, zum obersten Zivilverwalter im Irak ernannt (...) Zur organisatorischen und militärischen Absicherung der Besatzung wurde der Irak in drei Militärzonen entlang der mehrheitlichen Bevölkerungsstruktur von Kurden, Sunniten und Schiiten aufgeteilt. (...)
Die Tatsache, dass sich alle bedeutenden politischen Kräfte der früheren innerirakischen Opposition wie KDP, PUK, KP, Dawa-Partei und Sein am von den USA eingesetzten Regierungsrat beteiligen und nicht in der Lage waren, das Besatzungsmanöver gemeinsam zu boykottieren, zeigt ihre Schwäche. So ist es den früheren Oppositionsparteien bisher nicht gelungen, unabhängig von den Besatzungsmächten eine demokratische Alternative sichtbar werden zu lassen. Die von ihnen geforderte Nationale Konferenz aller politischen Kräfte, die ein Gremium zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes bestimmen und eine Übergangsregierung wählen sollte, hat bisher nicht stattgefunden. Inhaltliche Differenzen wie Hegemonie- und Führungsansprüche einzelner Parteien verhindern bisher ein gemeinsames Vorgehen. Alle am Regierungsrat beteiligten politischen Parteien der Kollaboration mit den Besatzungsmächten zu beschuldigen, ist jedoch vereinfachend und wird der Komplexität der politischen Situation und der Kräfteverhältnisse im Irak nicht gerecht.
In diesem Zusammenhang wäre außerdem auf die internationale Situation hinzuweisen. Massenmobilisierungen wie diejenigen, die es gegen den Krieg gab, hat es bisher gegen die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln, gegen die Okkupation des Iraks, nicht gegeben. Gerade jetzt wäre eine internationale Solidaritätsbewegung unter Bezugnahme auf die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte im Irak dringend notwendig.
Innerhalb der Linken wird vor allem die Irakische Kommunistische Partei IKP wegen ihrer Beteiligung am Regierungsrat kritisiert. Diese Teilnahme ist auch innerhalb der IKP nicht unumstritten. In einer Erklärung des Zentralkomitees, beschlossen auf der Sitzung am 24./25. Juli 2003, wird die Teilnahme damit begründet, daß sich „alle anderen irakischen politischen Parteien und nationalen und religiösen Gruppierungen im Land" beteiligen wollten. Weiter wird argumentiert: „Darüber hinaus hat das ZK auch den allgemeinen Wunsch seiner Parteiorganisation, Freunde und Unterstützer berücksichtigt, eine positive Haltung in der augenblicklichen sensiblen und komplexen Lage des Landes einzunehmen und nicht jenen einen Vorwand zu liefern, die die Partei erneut ächten und sogar verfolgen wollen." Die IKP macht zwar deutlich, dass die ursprüngliche Orientierung auf eine unabhängige Übergangsregierung und

den Abzug der Besatzungstruppen weiter verfolgt wird und die Teilnahme am Regierungsrat rein taktischer Natur ist. Die Einschätzung, wonach trotz aller Unzulänglichkeiten der Regierungsrat doch ein Schritt in die Richtung auf eine unabhängige irakische Regierung sei, ist jedoch angesichts der Rahmenbedingungen, in denen dieses Gremium sich bewegt, eine Fehleinschätzung. Die Gefahr, dass sich die IKP wegen der Teilnahme an einem Gremium, das keinerlei demokratische Legitimation besitzt, diskreditiert und bezüglich der eigenen Ziele unglaubwürdig macht, wird nicht einmal thematisiert.

Charakter des Widerstandes

Täglich wird aus dem Irak über Anschläge auf Soldaten der Besatzungstruppen und Demonstrationen gegen die Besatzungsmächte berichtet. Teil des Widerstandes sind außerdem die inzwischen vielfältigen Formen der Selbstorganisation der Bevölkerung, die wichtig sind für die Herausbildung von Strukturen einer Gegenmacht zum Besatzungsregime. Grundsätzlich ist jede Form des Widerstandes gegen die Besatzer gerechtfertigt. Es ist jedoch wichtig, ihn hinsichtlich seiner Formen, politischen Zielsetzungen und Akteure genauer zu analysieren, um falsche Solidarisierungen zu vermeiden.

Die bewaffneten Angriffe richteten sich zunächst gegen die Soldaten der Besatzungsmächte. Zwischenzeitlich fand eine Ausweitung der Angriffe auch auf Kollaborateure mit den Besatzungsmächten statt. Dazu zählen die Angreifer auch Polizisten, die sich vom US-Militär verpflichten ließen, Hilfspersonal der Besatzer, eingesetzte Personen in der Verwaltung, denen Nähe zu den Besatzern unterstellt wird. Auch Öl-Pipelines, Elektrizitäts- und Wasserwerke werden immer öfter zu Angriffsobjekten. Dabei haben die Angriffe auf die Strom- und Wasserversorgung eine andere Qualität, da sie sich in den Auswirkungen nicht unmittelbar gegen die Besatzer, sondern gegen die Zivilbevölkerung richten. Diese Angriffe verschlechtem die bereits miserablen Lebensbedingungen der Bevölkerung weiter und sind deshalb nach Ansicht der fortschrittlichen Kräfte im Irak grundsätzlich als Kampfmittel nicht geeignet. Angriffe auf die Öl-Pipelines treffen dagegen eine zentrale Ader der Finanzierung des Krieges und des sogenannten Wiederaufbaus; sie behindern die Ausplünderungspläne der Besatzungsmächte .(...)

Nach Einschätzung auch der linken und demokratischen Kräfte im Irak stehen hinter den bewaffneten Aktionen in erster Linie Anhänger des Baath-Regimes und radikale islamistische Gruppen. Die einen wollen am liebsten Saddam Hussein zurück an die Macht verhelfen, die anderen kämpfen für einen islamischen Gottesstaat. Mit diesen Zielvorstellungen kann der Widerstand nicht Bezugspunkt fortschrittlicher Kräfte sein. Es ist zwar in der Bevölkerung eine steigende Bereitschaft zur Akzeptanz der bewaffneten Aktionen festzustellen. Dies hat aber noch nichts mit einer Verankerung oder gar mit einer Massenbasis der derzeitigen bewaffneten Angriffe oder mit einer politischen Unterstützung der benannten Gruppen zu tun. Keine der früheren Oppositionsparteien im Irak fordert derzeit zum bewaffneten Kampf gegen die Besatzungstruppen auf, auch nicht die IKP und die Arbeiterkommunistische Partei. Dabei wird der bewaffnete Kampf gegen die Besatzungsmächte nicht prinzipiell, sondern aktuell aus taktischen Gründen abgelehnt. Unter keinen Umständen möchte man sich außerdem in einer Allianz mit Saddam-Anhängem und Radikalislamisten wiederfinden, auch dann nicht, wenn das vordergründig gemeinsame Ziel der Abzug der Besatzer ist. Dieser kann nicht ohne eine Perspektive für die Nach-Besatzungszeit gedacht werden. Und da kann es keine Zusammenarbeit mit den Anhängern des Baath-Regimes und Anhängern einer Religionsdiktatur geben. (...)

Die IKP und die Arbeiterkommunistische Partei haben in vielen Städten Parteibüros eröffnet und erste eigene Publikationen herausgebracht. Die politischen Kräfte, meist linke Parteien, die sich offen gegen den Kriegskurs der USA ausgesprochen hatten, setzen in ihrer politischen Arbeit derzeit auf die Selbstorganisation der Bevölkerung und auf die Bildung einer Gegenmacht von unten, die Stück für Stück eine Parallelmacht zur Besatzungsmacht herausbilden soll. In diesem Zusammenhang wurde eine Vielzahl neuer Organisationen gebildet, wie z.B. die Gewerkschaft der arbeitslosen Arbeiter, die Organisation für die Freiheit der Frauen, ein Komitee für die Bildung von Arbeiterräten und Gewerkschaften. Ein zentraler Punkt der Auseinandersetzung ist der Kampf um die zukünftige Struktur und politische Ausrichtung der Gewerkschaften. Das Interesse der Besatzungsmächte ist es, die Arbeiter möglichst zu den alten Arbeitsbedingungen und Niedrigstlöhnen wieder zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Dabei wollte man sich nicht zuletzt der alten Gewerkschaftsstrukturen und „bewährter Funktionäre" bedienen. Es ist ein beachtlicher Erfolg der Linken, diese Absicht in wichtigen Bereichen verhindert zu haben. Es ist gelungen, die Besatzungsmächte zu zwingen, teilweise bereits eingesetzte Gremien wieder aufzulösen und die Gewerkschaftgremien neu zu wählen. Entgegen den Versuchen der Besatzer, die irakische Bevölkerung entlang ethnischer und religiöser Kriterien zu spalten, zeigte sich gerade bei den Gewerkschaftswahlen, daß die Arbeiterklasse nach anderen Kriterien entscheidet: So haben im „schiitischen" Basra die Kommunisten die Mehrheit erhalten. Die Frage, ob die alten Baath-Gewerkschaften überhaupt Bezugspunkt der Arbeiterklasse sein können oder ob deren Abschaffung erforderlich ist, ist innerhalb der Linken weiter umstritten. (...)

Brigitte Kiechle
(geklaut aus Bremer Kassiber Nr. 54)

Von der Kassiber-Redaktion gekürzt und redaktionell überarbeitet. Zuvor ist er in der „Zeitung gegen den Krieg", Nr. 15, vom September 2003 erschienen.

Antipatriarchal gegen jeden Krieg

Tausende von Jahren hatte die Menschheit die Chancen den Karren aus dem Dreck zu fahren. Stattdessen haben wir den Karren konsequent in den tiefsten Dreck gesteuert. Wer, bitteschön, soll den denn da wieder rausholen? Der Planet ist mit einer immensen Zerstörung überzogen, die kaum noch wirklich zu beschreiben ist. Dürre, Hunger, hausgemachte Naturkatastrophen, Krieg um Ressourcen in Afrika, Krieg in Afghanistan, Festung Europa und Nussschalen mit Menschen, die Ersaufen anstatt von unserem Kuchen knabbern zu können. In Russland verhungern still und leise alte Menschen in ihren Wohnungen, der Irakkrieg ist in Vorbereitung, an den Polarkappen brechen riesige Eisberge ab, in Argentinien treiben der Hunger und wirtschaftliche Not die Menschen mit Kochtöpfen zum Widerstand auf die Straße. Und die US-Regierung raubt den Hopis das letzte Land, das noch in Besitz der UreinwohnerInnen Nordamerikas ist. Massen von Menschen, die einfach so tagtäglich an den Folgen globaler, patriarchaler Herrschaft sterben - Hunger, Vergewaltigung, Mord, Elend, Verzweiflung...was ein Leben....Und - als würde das nicht reichen, jetzt der globale Krieg, der das bisherige Monströse auch noch in den Schatten stellen will. Sparen wir uns heute einfach mal oberschlaue, theoretische linke Phrasen. Wir können sie doch selber nicht mehr hören... Unterm Strich sind wir alle kollektiv für diese Zustände verantwortlich. Und die Linke hat die Fehler oft nur bei den anderen ausgemacht. Ihre Verstrickung in Herrschaftsverhältnisse hat sie weitgehend ignoriert. Und sie hat diese Dominanzkultur des weißen Mannes mit seinem zivilisatorischen, kolonialen Paternalismus mitgetragen und modernisiert. Anstatt einer konsequenten antipatriarchal-gelebten Haltung, hat sie all zu oft die Militarisierung und Ritualisierung von Gewalt befürwortet. Und diese immerwährende Aufspaltung von privat und politisch, Entsinnlichung und Entseelung von Widerstand und Machtkonzepte durchsetzen...Wer braucht so etwas? Reden wir also lieber von dem was auf uns direkt zukommt und davon was zu tun sein könnte. Ganz langsam, schleichend rutschen wir in diese große Erschütterung des gesamten Planeten hinein... Noch funktioniert die Manipulation über die Medien und unser Selbstbetrug, das schon nix anbrennen wird. Natürlich wird es anbrennen, weil es schon brennt. Der Ausnahmezustand ist jetzt. Die tollen Angebote, die uns das Kaufhaus „Erde" bereithält, wenn wir mit diesem Euroblech spielen oder mit Masterplastik zahlen, verschleiern den Ausnahmezustand...Alle spielen mit...Wer kein Geld hat, will es haben... Besser wir wachen heute auf als morgen resigniert und leer vor der Glotze dahinzudämmern...Es hat ja eh keinen Zweck, die Augen vor den Ereignissen zu verschließen - individuell wie kollektiv werden wir uns sowieso den Konsequenzen stellen müssen... Und auf den kommenden Wahnsinn werden die Menschen entsprechend reagieren - Einige werden bis zum Kollaps in den Hamsterrädern mit sich selbst um die Wette laufen. Andere werden noch absurdere Tänze um den Goldenen Euro veranstalten. Viele werden sich individualisieren was das Zeug hält, vereinzeln, zurückziehen, verschwinden, in der irrigen Hoffnung die Ereignisse können sie übersehen. Andere werden sich im Denken weiter militarisieren, in das Kriegsgeheul mit einzustimmen und zum Beispiel für israelische Panzer oder palästinensische Selbstmordattentate Verständnis aufbringen. Und dann sind da immer auch diejenigen, welche die sogenannte Zivilisation hochleben lassen und die neuen koloniale Feldzüge der Familie Bush, Schröder und dieses Europride-Ministers Fischer beklatschen. Und als reiche auch das nicht, gibt es noch jene schrecklichen Menschen, und wir dürfen sie wohl Männer nennen, welche die Militarisierung im Alltag aufgreifen und Unangepaßte und Abweichungen heftig bedrohen werden. Die putzen

sozusagen die Ecken aus. Die Reste unserer eh schon dünnen emanzipatorischer Strukturen haben also starken Gegenwind. Und wehe da leisten noch welche Widerstand - dann kommt die Terrorismuskeule. Trotzdem... Woanders haben die Menschen oft keine Wahl mehr zum Widerstand. Wir aber leben in einem der Zentren der Macht. Hier wird direkt oder indirekt über den Hunger abgestimmt, über Zerstörung und Krieg. Hier sitzen Mitverantwortliche für die weltweiten Zustände... Hier sitzen die Rüstungskonzerne und scheffeln Geld... Von hier aus werden Waffen exportiert... Und hier steigen Soldaten in Tornadobomber... Greifen wir sie auch hier an! Pöbeln wir Soldaten auf der Strasse an als das was sie sind: Mörder und neuerdings Mörderinnen. Ziehen wir ihnen diese Uniformen aus. Drängen wir die Militarisierung im Alltag offensiv zurück. Sorgen wir dafür, dass Abschiebungen verhindert werden und Flüchtlinge in die Festung Europa strömen können. Und graben wir Mackern, wo wir können, das Wasser ab. Entweder direkt oder subversiv, je nach Möglichkeiten und Fähigkeiten. Und begreifen wir die Sozialkürzungen von Rot/Rot in Berlin und von Rot/Grün in der Regierung und von schill(ernd) braun/schwarz in Hamburg als das was sie sind: als Kriegsanleihen...Und als eine Kriegserklärung an alle sozial Benachteiligten, die eh schon jeden Cent umdrehen. Treten wir den Verantwortlichen und denen, die sich auf unsere Kosten bereichern, doch endlich mal die Haustür ein... Sollen sie doch mit dem Schützenpanzer zu ihrer Arbeit gebracht werden... Um zu einem solchen Widerstand zu kommen, braucht es Mut, Wut und starke Bündnisse. Dazu aber müssen wir erst einmal unsere Augen öffnen und endlich über unsere Tellerränder hinausschauen und die Sorgen der jeweils Anderen sehen. Unsere Existenzkämpfe sind sozial, mental und materiell sehr unterschiedlich. Oft sprechen wir nicht mal mehr die gleiche Sprache. Aber wir können unsere individuellen Sorgen in Zusammenhänge denken und fühlen. Darüber braucht es aber einen Austausch. Und den müssen wir erst wieder lernen. Machen wir das private, das persönliche wieder zum politischen Thema. In selbstbezogenen Gruppen und Nischen verändern wir nix, außer unsere Resignation zu füttern. Wir brauchen aber Bündnisse, die kreuz und quer verlaufen und auch unsere eigenen Gewohnheiten durchbrechen, um wieder zu einem lebendigen Widerstand zu finden. Und um unter diesen Bedingungen sozial, widerständig und in Würde solidarisch miteinander zu bestehen, brauchen wir kollektive Netze...: Weg von der Vereinzelung und Individualisierung...hin zu Netzen, in denen Differenzen und Unterschiede lebbar gemacht werden, in denen wir zu dem Respekt zueinander zurückfinden und Menschlichkeit zum Maßstab unseres Handelns wird. Was wir nicht brauchen, ist die Aufwärmung ideologischer, identitärer, konformistischer Zwangsstrukturen, die wir oft als Kollektive verstanden. Diese Kriegstreiberei setzt Hass, Zerstörung und Entmenschlichung. Und diese Zeiten machen Angst. Setzen wir dieser Angst die Solidarität entgegen. Quer zu allen Fronten, allen Grenzen, allen Hautfarben und Geschlechtern, quer zu allen Ideologien und Polaritäten. Übernehmen wir die Verantwortung für uns. Gegen die Geldlogik, die Konkurrenz, Missgunst und Machtstrukturen. Sorgen wir füreinander. Entgiften wir unsere sozialen Beziehungen von dem Gift der Herrschaft das unseren Alltag so tief durchdrungen hat. Pfeifen wir auf die materialistischen Denkweisen, in dem wir diesen andere Denkweisen entgegensetzten. Denken wir uns wieder in kollektiven Zusammenhängen und leben wir danach. Beginnen wir, uns auszutauschen. Bringen wir uns auf den Weg. Für einen radikalen Widerstand Gegen jeden Krieg - gegen jede Herrschaft Umarmen wir das Leben...

krieg ist frieden!
bundesweite koordination

Infoveranstaltung zur NATO-Sicherheitskonferenz in München

Vom 6.-8. Februar 2004 findet in München auf Einladung der BMW-eigenen Herbert-Quandt-Stiftung die sogenannte Sicherheitskonferenz statt. Seit 1962 treffen sich dort VertreterInnen von Militär, Politik und Rüstungsunternehmen aus aller Welt um über Perspektiven aktueller Militärpolitik zu diskutieren.
Bis vor kurzem blieb dieses „think-tank" der globalen Kriegsstrategen relativ ungestört. Hatte es die Jahre zuvor lediglich kleinere Proteste linksradikaler Gruppen gegeben, demonstrierten im Februar 2002 10.000 Menschen trotz totalem Demonstrationsverbot, im Februar ´03 sogar 25.000 Menschen gegen die Kriegstagung und den Irakkrieg. Auch zur kommenden Sicherheitskonferenz ruft ein breites Bündnis zu Blockaden des Tagungsortes und einer internationalen Demonstration in München auf.

INFOS
zur Geschichte der Sicherheitskonferenz und den Protesten dagegen
AKTUELLES
über die diesjährige Mobilisierung und geplante Aktionen
FILME, VOKÜ, ETC.
Donnertstag, 22. Januar
19 Uhr Alhambra

rechtshilfe comix Teil 6

fortsetzung folgt

In Heidenheim kam es in der vergangenen Nacht vor einer Diskothek zu einem brutalen Dreifachmord. Der Täter, der bereits am 3. Oktober bei einem brutalen Naziüberfall auf zwei Linke beteiligt war, tötete drei „Russland-Deutsche" Spätaussiedler vor der Disko K2, die bereits am besagten Tag im Oktober der Tatort eines Übergriffs von Rechts war.
Nach einer Pöbelei in der Diskothek selbst (die als alternativer Treffpunkt auch von vielen Punks und Linken besucht wird) wurden einige Personen der rechten Szene aus der Diskothek verwiesen – zu diesem Zeitpunkt war die Polizei bereits anwesend. Nachdem sich die Situation offenbar beruhigt hatte, kam es vor der Disko erneut zu Pöbeleien, in deren Verlauf der flüchtige Täter (als Neonazi bekannt) drei Personen im Alter von 15-17 Jahren mit gezielten Messerstichen erstochen hat.
Die Zusammenhänge zwischen dem faschistischen Übergriff vom 3. Oktober und der gestrigen Bluttat sind sowohl der Polizei als auch der Presse hinreichend bekannt. Dennoch geht die Polizei nicht von einem „rechtsradikalen Hintergrund" aus. (...)

gefunden bei www.de.indymedia.org

Am Samstag gegen 13 Uhr stellt sich der 17-jährige Leonhard S. der Heidenheimer Kriminalpolizei, nach dem diese eine Stunde zuvor mit Bild und Personenbeschreibung des flüchtigen Jugendlichen an die Öffentlichkeit ging. Er hatte am Freitag um 23.30 Uhr drei Jugendliche vor einer Heidenheimer Diskothek mit Messerstichen getötet.
Ein junger Mann mit Seitenscheitel, Nickelbrille und Hemd: Dieses Foto händigt die Kriminalpolizei am späten Samstag Vormittag an Journalisten aus. Gefahndet wird zu diesem Zeitpunkt nach Leonhard S., einem 17- jährigen Gymnasiasten aus dem Kreis Heidenheim, der in der Nacht drei Jugendliche vor dem K 2 niedergestochen hat. Eine Stunde später hat er sich gestellt, die Beklemmung weicht einer Fassungslosigkeit, die auch anhält, als immer mehr Fakten bekannt werden. Für Heidenheim ist die Tat, so der Kripo-Chef Bernd Ziehfreund, „beispiellos" und Beteiligte wie Unbeteiligte sind gleichermaßen erschüttert. Die Opfer sind Viktor (15), Waldemar (16) und Alex (17), drei russlanddeutsche Jugendliche, die am Freitag mit ihrer Clique in der Stadt unterwegs waren, um zu feiern. Die beiden Jüngeren waren Schüler, der 17-jährige im Berufsvorbereitungsjahr.
"Völlig überraschend und unvermittelt" habe er die Waffe eingesetzt, sagt Oberstaatsanwalt Harald Stephan. Ohne Vorwarnung, aber direkt auf das Herz seiner Opfer zielend, genügen Leonhard S. ganz wenige Messerstiche, um seine Gegner tödlich zu verletzen.
Zwei der Halbwüchsigen sterben auf dem Hinterhof des Clubs, neben dem Stacheldrahtzaun des angrenzenden Gefängnisses, zwischen parkenden Autos und hartgefrorenen Schneehaufen. Der 17-jährige Alex erliegt seinen Verletzungen im Krankenhaus.
Der Staatsanwaltschaft ist der 17-jährige Leonard S., der offenbar aus Berlin stammt und sich erst seit sechs Monaten in Heidenheim aufhielt, bereits bekannt: Gegen ihn läuft ein Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung. Am 3. Oktober hatte er genau vor der gleichen Diskothek einem Punk aus dem Stammpublikum des Clubs eine Flasche über den Kopf gezogen. In jener Nacht gab es Auseinandersetzungen zwischen Punks und Neo-Nazis, bei der einmal die eine, einmal die andere Gruppe die Oberhand hatte.
Diesen politischen Aspekt erkennt man beim dreifachen Mord nicht - deshalb mag die Staatsanwaltschaft auch nur bei der Schlägerei im Oktober einen rechtsradikalen Hintergrund erkennen.
Am Abend halten Jugendliche vor dem K 2, das vorerst geschlossen bleibt, eine Mahnwache mit Kerzen ab. Eine stille Nacht, wie man sie sich nicht vorgestellt hat in Heidenheim.
Silja Kummer

http://www.hz-online.de
(bürgerliche Lokalpresse)

Literaturseite.....oder so.

wir haben fast schon 2004 und die einzige literatur die sich die gesellschaft noch zu gemüte führen sind die botschaften auf den zigarettenschachteln. dass zigarettenrauchen hauptsächlich dazu da ist, riesige mengen geld vom richtigen ort an den falschen zu schaufeln, und uns dazu noch krank, unfit oder tot macht, ist allgemein bekannt. warum nicht diesen werbeträger mal für sinnvollere botschaften nutzen? (machen ja jetzt alle)

also: ausschneiden und hinter die folie der zigarettenschachtel platzieren....

Die Produktion von Zigaretten gefährdet Ökosysteme	Kapitalismus kann zu einem langsamen und sehr schmerzvollen Tod führen	Sexismus lässt Ihre Haut schneller altern
Kapitalismus ist zu nichts nütze	Tabaksteuer finanziert Krieg	Arbeit macht krank
Tabakproduktion gefährdet die Gesundheit von ArbeiterInnen auf Tabakplantagen	ich esse täglich Alhambra - weil's den anderen nicht schmeckt	Einkaufen macht sehr schnell abhängig: Fangen Sie gar nicht erst an!
Schmuggelkippen fördern den Kleinhandel	never trust your government	Rassismus kann tödlich sein
Kapitalismus macht dumm	Rauchen kann Ihre Gesundheit und Wehrfähigkeit beschädigen	Glauben sie niemals das, was sie lesen. denken sie selbst!
Fastfood macht krank	Kapitalismus fügt einem großen Anteil der daran beteiligten Personen erheblichen Schaden zu	Welcher Revolutionär hat nicht geraucht?

Termine

JANUAR 2004:

Fr.	2.1.	23:30	Projekt Freiraum Goa-Party
Sa.	3.1.	22:00	LesBiSchwule Schlager-Party
Do.	8.1.	22:00	Fachschaftsparty Germanistik
Sa.	10.1.	22:00	FrauenLesben Disko
Do.	15.1.	22:00	Fachschaftsparty Physik + Interkulturelle Pädagogik
Fr.	16.1.	22:00	Reggae-Party
Sa.	17.1.	22:00	Männerfabik
So.	18.1.	20:00	RedRedRed Konzert: Switchblade / The A.M. Thawn
Do.	22.1.	19:00	Veranstaltung zur NATO-Kriegskonferenz in München (6.-8.2.)
Fr.	23.1.	21:00	Crush Hour Concerts: Uwik + Mokja
Sa.	24.1.	22:00	DJ Contest - Party der Lust e.v. (CSD-Benefiz)
Do.	29.1.	21:00	Punkkonzert des SchülerInnenbündnis 'Mucken statt Ducken': Skambulé, AUF, Presence of Mind
Sa.	31.1.	22:00	Rosa Disco

FEBRUAR:

Mo.	2.2.	20:30	Veranstaltung: Rückblick ESF - Ausblick Aktionstag gegen Sozialkahlschlag 20.März
Do.	5.2.	22:00	Fachschaftsparty Pädagogik
Fr.	6.2.	21:00	Crush Hour Concerts: Grätenkinder

Wöchentlich:

Mo. 18.00 Archiv Mo. 18.00 Crush Hour Concerts
Mo. 20.30 Antifa - Cafe Do. 17.00 Jugendcafe „Kaluppe"
Do. 18.00 Infoladen Metropole
Do. 19.00 Vokü Do. 21.00 Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:

1. Mi. 20.00 Frauenlesben Kneipe
1. Do. 21:00 Jazz-Cafe
2. Do. 21:00 Sansibar-Kneipe
2. Do. 20.00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20.30 NutzerInnenplenum

regelmäßige Termine